

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 20 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 104.

Montag, den 6. Mai 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Blocktyrannei im Reichstage.

Der freisinnige Mustergreis auf dem Simsonstuhle.

Herr Johannes Kämpf, Millionär, hausagrarischer Stadtvorordneter von Berlin, als Aufsichtsratspräsident der Darnstädter Bank früherer Brotgeber des demnächstigen Staatssekretärs Dernburg, von Gnaden der Hottentottenpaarung zweiter Vizepräsident des Mameluckenreichstags Bülow, Herr Johannes Kämpf hat während der kurzen Zeit seines präsidialen Erdenwallens aufs neue die Tatsache erhärtet, daß die liberalen Präsidenten des Reichstags alle Zeit zugleich die parteiischsten und die unfähigsten waren. So war es beim bligen Simson, beim nervösen Fockensbeck, beim täppischen Schmidt aus Elberfeld; so ist es beim heiligen Paasche und so ist's beim fatten Johannes. Freilich, das Präsidium ist des Blockes würdig, aus dem es hervorgegangen. Die Neuwahlen haben den Reichstag mit jugendlichen Strebern, kaum der Kneipe des „Vereins deutscher Studenten“ entsprungene Sänglingen, mit Kleinkrautern aus stockigen Provinzen und strebsamen Angestellten von Unternehmervereänden überschwemmt. Der Schwarz von Neulingen will durch die Kraft der Lungen die Sozialdemokratie niederbrüllen, dem Reichskanzler zu Willen sein und außerdem in möglichster Eile die Diäten schlucken, die die Regierung im vorigen Jahre mit verächtlicher Handbewegung dem Reichstage zugeschludert hat. Auf ein entsehrlich niedriges Niveau sind unter der parlamentarischen Schreckensherrschaft des Blocks die Reichstagsverhandlungen gesunken. Nach den pöbelhaftesten Angriffen auf die Oppositionsparteien wird deren Vertreter durch Schlußanträge das Wort abgeschnitten; Leute, die redeungewandt Sachliches zu sagen haben, werden in einer Weise verulkt, die vielleicht im Stadium der Ur-Ursidellität einer Studentenkneipe erlaubt sein mag, und die Rechte verschont mit solchen Pferdestallcherzen nicht einmal ihre eigenen Angehörigen. Die allerwichtigsten Etats werden durchgepeitscht und die Erörterung der bedeutsamsten volkswirtschaftlichen Fragen, wie die fogen. Tarifreform, wird unmöglich gemacht. In der Ara der pompös angekündigten Sozialpolitik wird die Arbeitszeit der Stenographen und Diener des Reichstags auf das Ungehörlichste verlängert. Und das alles, nicht weil irgend welche wichtigen Interessen in Frage kommen, sondern weil Bülow selbst diesen Reichstag so schnell als irgend möglich in die Sommerferien schicken will.

Am Sonnabend standen die Etats der Schutzgebiete zur Beratung. Sie sollten natürlich wieder in der üblichen Weise durchgepeitscht werden. Die Debatte war öde und temperamentlos. Dr. Arendt sprach über Salzsteuer und außerdem über Christentum und Islam, und über irgend welche kolonialen Missionsschulen gerieten sich die Blockbrüder in die Haare. Mit Deutsch-Ostafrika, wo der Liebert sich auf innere Heldentaten vorbereitete, war man fertig geworden, und Kamerun kam an die Reihe. Auch dieser Etat sollte natürlich nach eines hohen Hottentottenblocks Beschlußes im Handumdrehen erledigt werden. In der Paarungszeit dürfen die Freisinnigen nicht über Gouverneurkousinen reden. In den Verhandlungen am Schluß des vorigen Jahres hatte der Fall des Hauptmanns Dominik eine gewisse Rolle gespielt. Der besagte Herr hat vielleicht einige Spritzerchen auf der weißen Kolonialweste. Andererseits sind aber die schlimmsten Beschuldigungen, die gegen ihn erhoben worden sind, nicht bewiesen. Bebel stellte das ausdrücklich fest und die stittliche Entrüstung, in die sich der Kolonialdirektor stürzte, war somit völlig überflüssig. Aber Dernburg scheint ohne das Beifallsgebrüll des Kaffernblockes nicht leben zu können und unter der bewährten Leitung der Chorführer Oldenburg aus Samischau und Müller aus Meiningen trampelte ihm denn auch, was von den Reichshottentotten anwesend war, frenetischen Beifall. Bis dahin wich die Sitzung in nichts von dem üblichen Gepränge der Paarungssektion ab.

Genosse Ledebour, am vorigen Tage schwer angegriffen, wollte ein paar kurze Worte der Erwiderung sagen. Die Mehrheit empfing ihn mit den Tönen, die Müller-Meinungen, bevor er selbst solche Töne aussprach und kommandierte, als Tierlaute zu bezeichnen pflegte. Ude Stolberg, entschieden der annehmbarste im Dreimännerkollegium, war seinen Nachmittagskaffee trinken gegangen und Johannes Kämpf durch gräßlichen Händedruck hochgehört, hatte an seiner Stelle Platz genommen. Herr Kämpf schien schlecht gefrühstückt zu haben. Er war augenscheinlich schlecht gelaunt und regte sich über jede Redewendung unseres Fraktionsredners auf. Der Ausdruck „moralische Heuchelei“ entriß ihm den ersten Ordnungsruf; die Wendung „albernes Lachen“ entlockte ihm den zweiten. Der selbe Herr Kämpf ließ nachher dem Hottentottenblockhäuptling Oldenburg feierlich die

Roseworte „ekelhafte Gemeinheit“ gebrauchen. Genosse Ledebour konstatierte die Tatsache, daß diese Ordnungsrufe von einem liberalen Präsidenten ausgegangen seien und die Konstatierung dieser Tatsache bewog Herrn Kämpf, einen dritten Ordnungsruf auszusprechen.

Herr Kämpf fragte darauf das Haus, d. h. die etwa 50 anwesenden Abgeordneten, ob dem Abg. Ledebour das Wort zu entziehen sei. Die Majorität der Hottentotten schnellte bejahend in die Höhe. Nur ein paar ausländische Freisinnige wie Naumann und Dr. Neumann-Hofer blieben sitzen, wofür sie von der Rote Müller mit wilden Schmähungen überschüttet wurden. Der Anstand dieser paar Freisinnigen bewahrte das Haus vor der Schmach eines Erdröselungsbeschlusses. Die Majorität des Reichstags — das Zentrum und die Polen stimmten gegen die Wortentziehung — entschied gegen den freisinnigen Mustergreis und Gen. Ledebour konnte seine Rede zu Ende führen. Nachträglich aber bezweifelte noch der Richterschiller Wiemer die Beschlußfähigkeit des Hauses. Es scheint, daß der Hottentottenfreisinn irgend ein Kunststück versuchen will, um einem seiner würdigen Erkorenen den blamablen Zwang des Rücktritts zu ersparen. In großer Erregung ging das Haus auseinander, nachdem die Fortsetzung der Beratung der Etats der Sandwüsten und Sumpflöcher auf die Tagesordnung der Montagssitzung gesetzt war.

Die Niederlage, die der freisinnige Mustergreis Kämpf bei dieser Gelegenheit erlitten hat, veranlaßte ihn, sofort nach Schluß der Sitzung seinen Vizepräsidentenposten niederzulegen. Dem Präsidenten wird sicherlich niemand eine Träne nachweinen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Reichstagswahl. Bei der Reichstags-Erwahl im Wahlkreise Schleiden - Malmedy - Montjoie wurden abgegeben für Fervers (Z.) 10 360, für Graf Spee (Z.) 4418, für Scheibler (N.) 543 und für Hofrichter (SD.) 102 Stimmen. Zersplittert waren 42 Stimmen. Fervers ist somit gewählt.

Wahlprüfungen. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte die Wahl des Abgeordneten Finkel (N., Hannover II) für gültig und beschloß nach langer Debatte bezüglich der Wahl des Abgeordneten Schwabach (N., Königsberg I) Beweiserhebungen. Wie bereits früher mitgeteilt wurde, wird von konservativer Seite behauptet, daß bei dieser Wahl erhebliche Verstöße, vor allem Verstöße gegen die Wähler mit Schnaps, Bier, Wurst, Schinken und sogar mit Geld vorgekommen seien.

Das Fiasko der Reichsfinanzreform. In der Budgetkommission des Reichstages wurde zuerst der Etat für die Expedition nach Ostasien angenommen. Es folgte dann die Beratung der Zölle, Steuern und Gebühren. Staatssekretär von Stengel empfahl Vorsicht in der Schätzung der Einnahmen aus den Zöllen und hob hervor, daß die neuen Steuern der letzten Finanzreform teilweise den geschätzten Betrag nicht erbracht hätten, daß andererseits aus manchem Grund, insbesondere auch aus dem Grund der notwendigen Aufbesserung der Beamtengehälter, neue Einnahmen notwendig würden. Die Perspektive auf das Jahr 1908 müsse das Reichsschatzamt mit nicht geringer Sorge erfüllen, besonders da neue erhebliche Ausgaben bevorstehen. Ohne die Steuerreform für 1906 wäre überhaupt nicht abzusehen, wie das Reich wirtschaften sollte. Die Ergebnisse dieser Steuerreform ständen jedoch noch keineswegs endgültig fest. So werde sich der wirkliche Ertrag der Erbschaftsteuer erst im Jahre 1911 ergeben. Einige Steuern haben schon 1906 höhere als die erwarteten Einnahmen gebracht, z. B. die Zigarettensteuer; andere Steuern sind erheblich hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Die Automobilsteuer bringt statt 2 nur 1 1/2 Mill. Mark, die Fahrkartensteuer statt 24 nur 12 Mill. Von der Lantiensteuer wurden 7 Millionen erwartet während nur 2 1/2 Millionen einkommen sind. Auch die Erbschaftsteuer hat statt 8 Millionen nur 3 1/2 Millionen abgeworfen. Das Gesamtergebnis der neuen Steuern betrug 61 Millionen. Da der Voranschlag bei den Zöllen nicht erreicht wurde, beläuft sich die Mehreinnahme des Reiches auf rund 50 Millionen Mark. Die Steuer auf Automobile hat deswegen so wenig eingebracht, weil man in der ersten Zeit weitgehende Milde hat walten lassen. Die Lantiensteuer könne erst im Jahre 1907 den vollen Ertrag bringen. Auch die Fahrkartensteuer habe in der Hauptreisezeit des Jahres 1906 noch nicht Geltung gehabt. Dann sei auch das Publikum aus Abneigung gegen die neue Steuer in einem unerwarteten Maße in die billige-

ren Wagenklassen abgewandert. Auf diese Wahrscheinlichkeit ist allerdings von der Opposition bei Beratung der neuen Steuer nachdrücklich hingewiesen worden. Herr v. Stengel hofft aber, daß allmählich wieder eine Zurückwanderung in die teureren Wagenklassen stattfinden werde. Eine Hoffnung, die sich aber sehr leicht als trügerisch erweisen kann. Summa Summarum: — es werden neue Steuern so sicher kommen, wie der Vollmond nach dem Neumond.

Eine der reaktionärsten Parteien Deutschlands, die Reichspartei, feierte am Sonnabend in Berlin das Jubiläum ihres 40jährigen Bestehens. Natürlich sandte Bülow an seine Lieblinge ein Telegramm, worauf großes Entzücken bei diesen herrschte. Erkannten sie nun doch, daß Bülow auch ihr Kanzler ist.

Abgeblit. Die Geschäftsordnungskommission des Reichstages hat beschlossen, das Gesuch des freisinnigen (!) Reichstagsabgeordneten Carstens-Elmsborn auf Erteilung der Genehmigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Zubell (SD.) wegen öffentlicher Beleidigung abzulehnen. Das wird dem freisinnigen Herrn sicher nicht angenehm sein.

Zeskos Rehabilitierung! Entgegen den Meldungen Zesko solle zu seiner Rehabilitierung und zur Stärkung des Ansehens des Reiches (!) wenigstens auf kurze Zeit wieder als Gouverneur nach Kamerun entsandt werden, hatte die „Nordd. Allgem. Ztg.“ erklärt, daß ein solcher Entscheid noch nicht gefallen sei. Jetzt erklärt nun die „Tägliche Rundschau“, daß Zesko sicherem Vernehmen nach, bestimmt sei, daß Zesko wenigstens auf etliche Wochen wieder auf Kamerun als Gouverneur losgelassen werden solle! — Dies also ist der „eiserne Besen“ Dernburgs!

Die Ursachen der Unruhen in Kamerun. Kamerun gehört zu den Kolonien, in denen die Strafexpeditionen, trotzdem man von ihnen in der Öffentlichkeit nur wenig hört, selten abreißen. Auch in den Jahren 1904—1906 sind wieder solche Expeditionen, deren Kunde freilich im südwestafrikanischen Kriegslärm verhallte, ausgeführt worden. Der Hauptmann Scheunemann hat über diese Unruhen und Strafexpeditionen nunmehr Bericht erstattet. Aber die Ursachen der Unruhen bekundet der sicher eher zu rosig als zu schwarz färbende militärische Berichterstatter, daß die „Habgier“ der Eingeborenen namentlich nach den Gewehren und nach dem Pulver der Kaufleute ein Hauptmotiv des Aufstandes der südlichen Stämme gewesen sei.

Ebenso zweifellos erscheint aber auch, daß zahlreiche Übergriffe der farbigen Händler und zum mindesten grobe Unvorsichtigkeit der weißen Kaufleute in der Behandlung dieser sich ihrer Kraft bewußten kriegerischen Kannibalenstämme die Katastrophe gezeitigt haben. Keinesfalls kann sich die Unzufriedenheit dieser Stämme gegen die Maßnahmen der Regierung gerichtet haben. Es handelte sich tatsächlich um ein noch nicht unterworfenen Gebiet, das trotz wiederholter Warnungen lediglich vom Kaufmann betreten wurde.

Die wackeren Händler, die ja auch zu einem erheblichen Teil den südwestafrikanischen Aufstand verschuldeten, haben also auch die Kameruner Aufstände wesentlich mitverschuldet! Und das Ergebnis des Blutvergießens? Hauptmann Scheunemann berichtet:

„Die zu bekämpfenden Stämme sind kriegerischer Natur und durch ewige Streitigkeiten untereinander kriegerischer und im Waffenhandwerk geübt. Diese gegenseitigen Zwistigkeiten hinderten die Eingeborenen jedoch nicht, gegen ihren gemeinsamen Feind, den Europäer, gemeinsam vorzugehen. Dazu brachte der Handel das nötige Kriegsmaterial ins Land. Die Angriffe der Niam bei hellem Tage auf stark besetzte Lager, das erbitterte Handgemenge beim Sturm auf Botamonene bewiesen, daß die Zeiten vorbei sind, wo auch eine kleine Truppenabteilung unter Europäerführung in offenem Gefecht keine Übermacht der Feinde zu fürchten hätte. Es wäre eine unverantwortliche Selbsttäuschung, wollte man sich der Erkenntnis verschließen, daß die Eingeborenen Kameruns gelernt haben, den Europäer mehr und mehr nach seinem wahren Werte einzuschätzen, nicht aber das göttliche Wesen mehr in ihm zu sehen wie früher.“

Es stehen uns also auch in Kamerun hochwahrscheinlich bald genug neue Kämpfe bevor!

Die Budgetkommission des Reichstages verhandelte Sonnabend über die Erweiterung des Nordostsee-Kanals. Die Baukosten sind auf 221 Millionen Mark veranschlagt, wozu noch 2 Millionen für Zwecke der Landesverteidigung treten. Für das laufende Rechnungsjahr wird eine erste Rate von 15 Millionen gefordert. Das Projekt der Fortlage und die erste Rate werden mit großer Mehrheit angenommen. Darauf ging die Kommission zur Weiterberatung der Steuererträge über. Der Voranschlag der Salz-

Feuer von 55 074 000 wurde um 1 Million erhöht. Nach Genehmigung der Brauwereinsteuern mit 171 450 000 Mk. und der Schaumweinsteuer mit 5 436 000 Mk. verlagte sich die Kommission bis Montag.

Kapitalistische Interessengegensätze. Im preussischen Dreiklassenparlament, in dem die Kapitalistenwelt in ihren verschiedenen Nuancierungen so hübsch unter sich ist, völlig ungestört durch Vertreter der „begehrtesten“ Arbeiterwelt, kam es zu einem lebhaften Zusammenstoß zwischen den Agrariern und den Grubenkapitalisten. Es wurde über eine Interpellation des Grafen Kanitz verhandelt, welche von der Regierung wissen wollte, was sie zu tun gedenke, um den Unzutraglichkeiten zu begegnen, welche sich aus der andauernden Steigerung der Kohlenpreise ergeben, und ob die Regierung geneigt sei, in eine erneute Prüfung der Frage einzutreten, ob die ermäßigten Eisenbahntarife für den Export von Steinkohlen und Koks nach dem Auslande beizubehalten seien. Was Graf Kanitz in der Begründung seiner Interpellation über den Wucher des Kohlenyndikats sagte, darunter war manches Zutreffende. Es ist in der Tat eine unerhörte Verschleuderung des Nationalreichtums, wenn das Kohlenyndikat möglichst viel Kohle für billigen Preis in das Ausland wirft, nur um im Inlande die Preise hoch zu halten. Es ist dieselbe Politik, die seinerzeit an den Schienen- und Panzerplattenfabrikanten mit Recht so scharf gerügt wurde. Alle die „nationalen“ Herren, die mit ihrem „Patriotismus“ so dick tun, scheuen sich zum Besten ihres eigenen Geldbeutels nicht, den inländischen Industrien die Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande gewaltig zu erschweren dadurch, daß sie letzteren billigere Kohlen liefern. Darunter leiden ja in der Tat auch die deutschen Landwirte mit. Graf Kanitz hat aber noch einen anderen Grund für seine Feindschaft gegen die Preispolitik des Kohlenyndikats. Er will die von den Kohlenmagnaten in ausländischem Interesse ausgebeuteten Arbeiter für die „nationale Arbeit“ retten. Er kalkuliert so: die Zehntausende von Arbeitern, die Kohlen brechen müssen, damit das Ausland billige Kohle bekommt, können bei den Agrariern die vielbeklagte „Leutenot“ mildern. In den Augen eines Agrariers ist es ja selbstverständlich viel verdienstlicher, sich von einem Sunker ausbeuten zu lassen, als von einem Grubenbaron, noch dazu für das Interesse des Auslandes. Daran ist nun freilich den Arbeitern nicht viel gelegen. Sie haben bei der Grubenarbeit wahrlich kein Wohlleben; aber besser geht es ihnen immerhin noch als in den paradiesischen Gefilden der Ostelbier. Darin liegt ja eben der Grund der Abwanderung aus dem Osten. Das Mittel, das Graf Kanitz zur Abhilfe vorschlug, ein Kohlenausfuhrzoll, wird den Zweck nicht erfüllen können; vielleicht würden die Verhältnisse dadurch nur noch verschlimmert, indem die Monopolisten in der Kohlenproduktion auch die Ausfuhrzölle noch auf den inländischen Absatz aufschlagen würden, um im Auslande nach wie vor die Konkurrenz zu unterbieten. Der Handelsminister Delbrück sowohl, als der Eisenbahnminister Breitenbach erklärten sich denn auch gegen den Ausfuhrzoll. Was sie sonst zur Sache zu sagen hatten, war ohne Belang und nur ein Beweis dafür, daß die Regierung gegenüber der gewaltigen ökonomischen und sozialen Macht des Kohlenyndikats sich völlig ohnmächtig fühlt. „Unheimlich“ wird dem Handelsminister bei den hohen Kohlenpreisen auch; aber er weiß kein Mittel dagegen. Er will nicht einmal zugeben, daß sie übermäßig hoch sind und sucht nach einer Entschuldigung für die hohen Preise in den hohen Arbeitslöhnen, obwohl die Riesengewinne der Kohlenbergwerke bekannt sind. Aus den versprochenen neuen „Erwägungen“ der Regierung wird deshalb auch wohl nichts herauskommen. Der Nationalliberale Hirsch-Essen nahm sich eifrigst des Kohlenyndikats an und handelte dabei nach der Taktik, daß der Hieb die beste Verteidigung sei. Den agrarischen Rednern, Graf Kanitz, Herold vom Zentrum und Dr. Hahn hielt er entgegen, daß das Kohlenyndikat mit seiner Hochpreispolitik der Preise nichts anderes tue, als was die Agrarier mit dem Zolltarif getan haben. Und damit hat er Recht. Vielleicht ist dem Interpellanten dabei sogar zum Bewußtsein gekommen, daß, wer im Glashause sitzt, nicht mit Steinen werfen darf.

Welche Lust, ein Preuße zu sein! In der Finanzkommission des preussischen Herrenhauses kündigte Finanzminister von Rheinbaben eine neuwertige Erhöhung der Einkommensteuer für das nächste Jahr an wegen der Kosten für das Volksschulunterhaltungsgesetz, Aufbesserung der Beamtenegehälter, Erhöhung der Lehrerbefoldung und Gehälter der Geistlichen.

Woh, Herr Eichhoff! Die für den Freisinn sehr peinliche Affäre des Herrn Abgeordneten Eichhoff, dem die eigenen Parteigenossen in Mühlhausen-Langensalza Wortbruch vorgeworfen hatten, schien durch eine tendenziöse Erklärung von beiden Seiten beigelegt zu sein. Jetzt erscheint aber im nationalliberalen „Mühlhäuser Anzeiger“ eine von sieben früheren Vorstandsmitgliedern der vereinigten liberalen Parteien unterzeichnete Erklärung und sagt:

Die unterzeichneten Mitglieder des früheren Vorstandes der vereinigten liberalen Parteien sind mit der in der „Mühlhäuser Zeitung“ vom 29. April in der Angelegenheit Eichhoff veröffentlichten Erklärung nicht einverstanden. Tatsache ist, daß Herr Prof. Eichhoff in der Komiteesitzung am 22. Dezember 1906 uns verprochen hat, im Falle einer Doppelwahl seinen Thüringer Wählern treu zu bleiben.

Der Vorwurf des Wortbruchs wird also wiederholt. Was macht Herr Eichhoff jetzt?

Rußland.

„Dies Kind, kein Engel ist so rein...“ Wie zu erwarten stand, hat die „Untersuchung“ über die Todesursache unseres russischen Genossen Tscherniak nichts Bestimmendes für die Schuldlinge des Jaren ergeben. Es wird erst folgende Nachricht mitgeteilt: Wie der schwedische Gesandte in Brüssel dem schwedischen Ministerium des Äußern mitgeteilt hat, haben die vier Sachverständigen, die mit der Untersuchung über die Todesfälle auf dem russischen Revolutionärs Tscherniak, dessen Auslieferung i. J. von der schwedischen Regierung verweigert worden war, erklärt, daß sie, obwohl die Untersuchungen

nach nicht beendet seien, bereits jetzt im Stande seien, die Erklärung abzugeben, daß die Annahme, daß ein Verbrechen vorliege, völlig ausgeschlossen sei, und die Todesfälle einem Unglücksfall zuzuschreiben seien. Die erste Ursache hierfür sei wenigstens bei einem Teil der Ladung, nämlich in dem Kieselstein, zu suchen, wovon die Sachverständigen bei dem ersten Besuch auf dem Dampfer einige Proben verlangt hatten. Dieses Kieselstein habe giftige Gasarten, nämlich Arsen- und Phosphorwasserstoff entwickelt. Somit ist der Tod Tscherniaks „erklärt“ und die Polizei Westeuropas kommt nicht in die Verlegenheit, gegen die Polizei Osteuropas etwas tun zu müssen.

Marokko.

Zu marokkanischen Hexenkessel brodelt es wieder ganz gewaltig. Aus Tanger wird berichtet: Muley Hafid, der Onkel des jetzigen Sultans, wurde in Marrakesch zum Gegenstand ausgerufen. — In Eingeborenkreisen verläutet, daß in Marrakesch starke Erregung herrsche. Die Bevölkerung weigere sich Benghaffi als Pascha anzunehmen und sei bereit, mit Anwendung von Gewalt für die Beibehaltung des bisherigen Paschas Abd el Salam einzutreten. Benghaffi ist heute zu Schiff mit 130 Mann nach Marrakesch abgegangen. Der Rest seiner ursprünglich auf 500 Mann berechneten Abteilung ist desertiert.

Die Sackgasse.

Je schweigsamer unsere Diplomatie ist, desto mehr wird man von der Empfindung beherrscht, daß in diesem Moment hinter den Kulissen sehr viel vorgeht. Was geschieht, das zu erkunden, ist uns „gewöhnlichen Sterblichen“ ver sagt; wenn tief eingreifende Ereignisse kommen, so stehen wir vor vollendeten Tatsachen und müssen sie wie „Fügungen des Schicksals“ über uns ergehen lassen. Selbst der bürgerlichen Presse ist dieser Zustand zuwider geworden; sie hat in diesen Tagen mehrfach sich dahin geäußert, das deutsche Volk möge sich mehr als bisher um die „hohe“ Politik bekümmern und möge den Herren Diplomaten mehr auf die Finger sehen. Das ist von Karl Marx und Friedrich Engels schon vor mehr als vierzig Jahren bei der Begründung der internationalen Arbeiterassoziation gesagt. Damals hieß es, die Völker müßten sich Mühe geben, in die Geheimnisse der Diplomatie einzudringen.

Bei einer parlamentarischen Regierung wäre die Diplomatie leichter zu kontrollieren. Indessen hat das deutsche Bürgertum die Gelegenheiten, die sich boten, um eine solche zu begründen, nicht ergriffen. Solche Gelegenheiten, wie in den sechziger Jahren in Preußen, kommen so leicht nicht wieder, und inzwischen ist vom Bürgertum selbst der Militärstaat dermaßen befestigt worden, daß er so leicht einem parlamentarischen Regiment nicht weichen wird.

Wenn wir also auch nicht wissen können, was an den grünen Tischen der Herren Diplomaten vorgeht, so kann man doch unschwer aus den Tatsachen erkennen, daß dieselben festgefahren, resp. in eine Sackgasse geraten sind. Wir leben momentan in einer Epoche der Bündnisse; alle Mächte suchen sich durch Bündnisse zu verstärken. Wer in einer solchen Zeit ohne Bündnisse bleibt, der gerät ganz von selbst ins Hintertreffen.

Während die englische Bündnispolitik so großartige Erfolge aufzuweisen hat, sind Deutschland von seinen „Freunden“ nur zwei geblieben, das in allen Fugen krachende Österreich und — Monaco.

Die englischen Bündnisse sind geschaffen worden, seitdem König Eduard am Ruder ist. Man braucht aber darum diesem Manne nicht eine infernalische Schlaueit und Hinterlist unterzuschreiben. Seine Arbeit ist ihm durch verschiedene Elemente im Deutschen Reich sehr erleichtert worden. Zunächst hat die in Deutschland seit mehr als zwanzig Jahren betriebene Engländerhege redlich die Wirkung einer dauernden Feindschaft gehabt — nicht zwischen den Völkern, wohl aber zwischen den Nationen, das heißt den herrschenden Klassen der beiden Reiche. Sodann haben die deutschen Flottenpatrioten England gegenüber unaufhörlich den Mund voll genommen. Sie haben kein Hehl daraus gemacht, daß sie als Ziel ihrer Bestrebungen die deutsche Weltherrschaft auf dem Meere betrachten. Zu dem Wahn, andere Nationen davon ausschließen zu können, kann nur deutscher Großmachtskizel treiben, wie er in der Presse und in einer gewissen anderen Literatur systematisch gepflegt worden ist. Das muß abstoßend auf andere Völker wirken. Und dazu kommen noch die Sunker und Agrarier, die mit der ganzen Welt in wirtschaftlichem Krieg leben wollen, um ihre „Schweinepreise“ dem deutschen Volke diktieren zu können. Die Sunker hassen England und Frankreich, weil dort der Feudalismus untergegangen ist, aber sie hassen an Rußland nur dessen Roggenausfuhr; seine Kofakenwirtschaft möchten sie gerne nach Deutschland verpflanzen. Rußland ist zur Zeit lahm gelegt durch die Folgen des japanischen Krieges und durch seine inneren Wirren. Die russische Revolution war so unhöflich, nicht erst bei der deutschen Diplomatie anzufangen, ob sie auch gelegen komme.

Damit ist die Isolierung des Deutschen Reichs vollstän dig geworden. Zwei Bündnisse sind gegen dasselbe formiert — ein Weltbünd, wie er so groß noch niemals dagewesen und der über die ganze Erde reicht, und in Verbindung mit diesem ein engerer Bund, der die Uferstaaten des Mittelmeeres unter Zuziehung Englands umfaßt.

Aus dieser Sackgasse kann die deutsche Politik nur wieder herauskommen, wenn sie einen modus vivendi mit den anderen Mächten findet, wenn sie sich mit ihnen ver trägt. Oder die Dinge gehen so weiter, wie sie jetzt gehen, und dann wird ein Krieg unvermeidlich. Allerdings ein Weltkrieg, aber nur insofern, als sich alle Welt dabei gegen Deutschland vereinigen wird.

Auf die Praherien gewisser patriotischer Blätter wird niemand, der auch nur ein wenig Verständnis für unsere Zeitereignisse hat, einen Wert legen. Noch nie war die Überlegenheit der Zahl so entscheidend wie heute, und es ist ganz ausgeschlossen, daß in einem Kriege das Deutsche Reich gegenüber der ungeheuren Übermacht seiner Feinde, wie sie sich zurzeit darstellt, große Erfolge erringen und Eroberungen machen könnte.

In einem solchen Moment ist besonders das Treiben einer gemessenen Presse zu vermischen, die entweder zum Zweck der Sensationsmacherei oder im Dienste von rücksichtslosen und gemeinschädlichen Interessengruppen durch Hegartikel die allgemeine Spannung und Nervosität steigert. Dies Treiben wird in solcher Zeit zum Verbrechen.

Was ein so großer Krieg bringen, welche Veränderungen er nach sich ziehen würde, das ist gänzlich dunkel. Nur so viel ist gewiß, daß die Resultate langer Kulturarbeit wieder einmal der Menschheit gänzlich verloren gehen würden.

Ob man sich über eine Abrüstung verständigen wird? Wir glauben immer noch hoffen zu können, daß die gänzlich dunkle Zukunft auf alle Mächte abmahnend wirken und die schon so lange gefürchtete Katastrophe verhüten wird.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 6. Mai.

Zug von Fischtern, Drechtern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist kreuzförmig fernzuhalten. Die Streikleitung.

Achtung, Holzarbeiter! Zug nach M 5 (Lauenburg) ist fernzuhalten.

Zug von Seelenten nach Glensburg ist wegen dort ausgedrohter Differenzen bis auf weiteres fernzuhalten.

Eravemünde. Gesperit für Bauarbeiter ist das Geschäft von Schermann.

Das liberale Bürgertum und die Lehrer. In der letzten Versammlung des Vaterländischen Vereins hielt das Bürgerbürgertum Mitglied Dinkeldehn einen Vortrag über die kaufmännische Fortbildungsschule. Derselbe bot nicht sehr viel Erhebliches, umsonst jedoch die Debatte. Wie wollen, nach dem Amtsblatt, beispielsweise die Rede des freisinnigen Herrn Kurt Seydell wiedergeben: „Dere K. Seydell bedauerte, daß der Herr Referent mit einem, wenn er so sagen dürfte, geschickten Salto mortale über die Hauptsache, die Unterrichtszeit, hinweggegangen sei. Diese sei gerade der Krebsbissen der Schule. Er sei gewiß dafür, daß die Lehrkräfte sich fortbilden, wie man es früher für ganz selbstverständlich gehalten habe. Heute sehe man das aber ganz anders zu sein. Die kaufmännische Fortbildungsschule sei eine Ausgeburt der sozialen Verhältnisse und welche Fische sie tragen werde, würden erst die nächsten Jahrzehnte zeigen. Er sei entschieden gegen jeden Flichtbesuch. Herr Dinkeldehn habe gesagt, der Kleinfächler sei nicht in der Lage, den theoretischen Unterricht seiner Lehrlinge selbst zu übernehmen. Ein solcher Mann sei aber auch nicht dazu da, seine Lehrlinge zu kommerziellen auszubilden. Bezüglich der Abiturienten sei er der Ansicht, daß für die der Schulbesuch völlig überflüssig sei. Er sei insofern des Pflichtbesuches der Schule überdies dazu gekommen, keine Lehrlinge mehr einzustellen; an deren Stelle nehme er junge Mädchen, und wenn er solche nicht haben könne, stelle er junge Leute als Volontäre ein, die dem Schulbesuch nicht unterworfen seien. Im übrigen sei er der Meinung, daß gewiß kein Lehrling daran sterbe, wenn der Schulunterricht morgen von 7 bis 9 Uhr, Sonntag vormittags von 8 bis 11 Uhr usw. stattfände. Aber eine solche Unterrichtszeit passe den Lehrern anscheinend nicht; sie könnten nicht früh aufstehen. Der Lehrerstand sei der bestgehaltene in Bezug auf die Arbeitszeit. Fünf mal im Jahre könnten die Lehrer in die Ferien gehen. Wenn man nachmittags oder abends in die Wirtschaften gehe, könne man die Bemerkung machen, daß die Lehrer gerade diese am meisten bevölkerten und sich beim Skat usw. vergnügen. (Lebhafte Heiterkeit und Widerspruch.) Der Kaufmann könne sich den regelmäßigen Besuch der Wirtschaften nicht leisten. Er sei gewiß dafür, daß die Lehrlinge etwas lernen, aber nicht auf Kosten ihrer praktischen Ausbildung und Kosten der Lehrherren. — Von Lehrseite ist dem Herrn zwar entsprechend geantwortet worden; jedoch ist sehr wohl anzunehmen, daß viele Kaufleute wie Seydell denken. Die Lehrlinge dürfen etwas lernen; aber nicht auf Kosten der Lehrherren. Ein famoser Grundsatz. Demnach soll der Lehrherr die Lehrlinge allein zu seiner Unterbreitung haben. Der Vorwurf, die Lehrer seien zu faul, um früh aufzustehen und trüben sich die meiste Zeit in den Wirtschaften herum, ist ebenfalls bezüglich für seinen Arbeiter. Wir glauben jedoch, daß die große Mehrheit der Lehrer von derartigen Anwürfen nicht getroffen wird. — Der Widerwille der „besseren“ Kaufleute gegen ehemalige Volksschüler kam in der Versammlung ebenfalls zum Ausdruck. „Bessere Kaufleute schicken jetzt ihre Söhne nach Hamburg und Bremen in die Lehre, um dem Umstande zu entgehen, daß sie hier in der Fortbildungsschule mit Volksschülern zusammen unterrichtet würden.“ wurde behauptet. Wenn das wahr ist, so zeugt das von einem Kältegefühl schlimmster Art; man meidet die Jüglinge der Volksschule, als wären dieselben mit einer ansteckenden Krankheit behaftet, und scheidet die eigenen Söhne nach Hamburg und Bremen, nur damit dieselben nicht mit den Kindern der ärmeren Volksschichten zusammen unterrichtet werden. Wir zweifeln nicht daran, daß dieselben Leute, die so handeln, gelegentlich von „Arbeiterfreundlichkeit“ triefen; die Berührung mit Arbeitern stößt ihnen jedoch den größten Widerwillen ein.

Namensänderung. Der Senat hat dem Tischlergesellen Wilhelm Joachim Heinrich Schmalzfeld zu Hamburg den Familienamen Glackemeyer verliehen.

Auch ein Entlassungsgrund. Am Sonnabend, als der orkanartige Sturm gerade seinen Höhepunkt erreicht hatte, sollten Arbeiter der Firma Krickhuhn, Holzhandlung, einen mit leeren Teerronnen beladenen Leichter von Schuppen 23a nach der neuen Gasanstalt schaffen. Da das angesichts des Sturmes und angesichts des Umstandes, daß über dreihundert Tonnen Decklast waren, mit Lebensgefahr verbunden war, so zogen die Leute es auf Anraten des Kapitäns des Schleppers, welcher den Leichter fortschaffen sollte, vor, den Leichter während des Sturmes nicht zu transportieren. Sie nahmen mit Recht an, daß auch für die Firma der Rat eines so kundigen Mannes wie des Kapitäns maßgebend sei. Doch weit gefehlt! Am Abend erhielten die Leute ihre Entlassung, rohdem gerade jetzt Arbeit in Hülle und Fülle bei der Firma vorhanden ist. Die Leute sind also entlassen worden, weil sie nicht in leistungsfähiger Weise ihr Leben aufs Spiel setzen wollten.

An Staatsteuern und Abgaben gingen im Monat April ein: Einkommensteuer 19 185,10 Mk., Erbschaftsteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichs-Erbschaftsteuer 11 091,08 Mk., Veräußerungsabgabe 39 205,54 Mk., Stempelabgaben 10 155,70 Mk., Schiffsabgaben 26 973,91 Mk., zusammen 106 561,28 Mk. gegen 94 757,04 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 11 804,24 Mk. mehr

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
 - 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
 - 3) Militär-Papier.
 - 4) Anmeldebchein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist, eventuell bei Gewerbetreibenden oder selbstständigen Handwerkern.)
 - 5) Gewerbe-Anmeldebchein.
 - 6) Innungsmitgliedschein.
- ist der Antragsteller verheiratet, so sind außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:
- 7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.
 - 8) Geburtschein der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältlich Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des Lübeckischen Staates werden, der mindestens in fünf einander folgenden Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich Steuern bezahlt hat.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktag in der Zeit von 9-1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Akten wird eine Gebühr berechnet.

Vom Steuerbureau ist eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt worden sind.

Parteigenossen! Erwerbt das Bürgerrecht!

Die öffentlichen Impfungen beginnen mit dem 8. Mai; das Medizinalamt erläßt eine diesbezügliche Bekanntmachung, in der es heißt: Impfbereich I: „Süd“, umfassend die beiden städtischen Quartiere Johannis und Marien, die Vorstadt St. Jürgen und die Ortschaften Wardenbaum und Hohewarte. Impfarzt: Dr. von Thaden zu Lübeck. Impfbereich II: „Nord“, umfassend die beiden städtischen Quartiere Marien-Magdalenen und Jakob und die Vorstadt St. Gertrud. Impfarzt: Dr. Busch in Lübeck. Impfbereich III: „St. Lorenz“, umfassend die Vorstadt St. Lorenz. Impfarzt: Dr. Christen zu Lübeck. Impfbereich IV: „Travemünde“, umfassend die Impfdistrikte (bei Impfdistrikten ist der Ort, in welchem der Impfarzt Impfungen für die Bewohner des Distrikts unentgeltlich vornimmt (Impfort), durch den Druck hervorgehoben) a) Travemünde, Könnau, Gneversdorf, Lentendorf, Brodten und Jwendorf; b) Klück, Pöppendorf, Timmersdorf, Waldhusen, Siems, Dänischburg und Herrenweg. Impfarzt: Dr. Paeppe zu Travemünde. Impfbereich V: „Russe“, umfassend die Impfdistrikte a) Russe, Mierau und Roggensee; b) Groß-Schrettkaten und Klein-Schrettkaten; c) Tramm; d) Behlendorf, Absfelde, Hollenbeck, Giesendorf und Harnsdorf; e) Sterkrade und Dicksdorf. Impfarzt: Dr. Mees zu Russe. Impfbereich VI: „Gronsförde“, umfassend die Impfdistrikte a) Grummesserbaum, Gronsförde, Vilmars, Ober- und Nieder-Wälfen; b) Grummesse mit Hof, Brömsenmühle und Weidenhof; c) Wulfsdorf, Borrade und Blankensee. Impfarzt: Dr. Leopold zu Grummesse. Impfbereich VII: „Schlutup“, umfassend die Impfdistrikte a) Schlutup, Wesloe, Alte Mühle und Alt-lauerhof; b) Israelsdorf, Gohmünd, Herrenbrücke und Herrenfähre. Impfarzt: Dr. Gussmann in Schlutup. Impfbereich VIII: „Land“, umfassend die Impfdistrikte a) Moisling, Genin, Padellage und Roggenhorst; b) Niendorf, Kecke, Moorgarten und Mienhüden; c) Strednitz (Grönauerbaum), dritter Fischerhüden, Mönthof, Kl. Grönau, Falkenhüsen, Müggelbusch, Walsdorf, Kl. Harbersdorf; d) Utecht, Schattin und die dazu gehörigen Höfen, sowie Nadersdorf; e) Dillau, Curau, Walfendorf und Krumbek; f) Krempelesdorf, Borwerk, Trems, Schönböden und Steinrade. Impfarzt: Arzt Raben zu Lübeck. Nach den Bestimmungen des Reichs-Impfgesetzes vom 8. April 1874 sind im laufenden Jahre 1907 der Impfung mit Schutzpocken zu unterziehen: 1. alle im Jahre 1906 geborenen Kinder, sofern sie nicht nach ärztlichem Zeugnisse die natürlichen Blattern überstanden haben, oder bereits mit Erfolg geimpft sind; 2. alle im Jahre 1895 geborenen Böhlinge einer öffentlichen Lehranstalt oder einer Privatschule, mit Ausnahme der Sonntag- und Abend-schulen, sofern sie nicht nach ärztlichem Zeugnisse in den letzten fünf Jahren die natürlichen Blattern überstanden haben, oder mit Erfolg geimpft worden sind; 3. alle die Kinder, welche in den Jahren 1905 und 1906 impfpflichtig waren, und bei welchen die vorgenommene Impfung nach dem Urteil des Arztes erfolglos geblieben ist; 4. alle impfpflichtigen Kinder, die auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses von der Impfung vorläufig befreit gewesen sind, wenn der Grund dieser vorläufigen Befreiung weggefallen ist. Eltern, Pflegeeltern und Vormünder, deren Kinder und Böhlinge bisher der Impfung ohne gesetzlichen Grund entzogen sind, werden aufgefordert, die nachträgliche Impfung bis zu dem letzten für die öffentlichen Erst- bzw. Wiederimpfungen ihres Bezirks angeetzten Termin vorzunehmen zu lassen. Eltern, Pflegeeltern und Vormünder, deren impfpflichtige Kinder und Pflegebefohlenen von einem nicht in dem hiesigen Staatsgebiete angeetzten Arzte geimpft worden sind, haben in dem für ihren Wohnort angeetzten Termine zur Impfung oder zur Nachschau dem Impfarzte ihres Bezirks durch Vorlegung des über die Impfung ausgestellten Impfscheines die geschehene Impfung nachzuweisen. Ist die letztere erst erfolgt, nachdem die hiesigen Impftermine stattgefunden haben, so ist der Impfschein dem Medizinalamte einzureichen. Die öffentlichen unentgeltlichen Impfungen in der Stadt und den Vorstädten werden vom 8. Mai bis zum 6. Juli dieses Jahres a) für Erstimpfungen am Mittwoch den 8. und 22. Mai, 5. und 19. Juni und am 3. Juli; b) für Wiederimpfungen am Sonnabend den 11. und 25. Mai, 8. und 22. Juni und 6. Juli, um 2 1/2 Uhr pünktlich stattfinden, und zwar für den Impfbereich I in der Turnhalle der Dom-Volksschule, Domkirchhof 6; für den Impfbereich II in der Turnhalle der Burg-Volksschule, hinter der Burg 6; für den Impfbereich III in der Turnhalle der I. St. Lorenz-Volksschule, Kirchenstraße 5. Das Medizinalamt fordert die Bewohner von Stadt und Vorstädten, die von der öffentlichen unentgeltlichen Impfung Gebrauch machen wollen, auf, ihre Impflinge, welche rein gewaschen und mit

reinen Kleider versehen sein müssen, zur festgesetzten Stunde zu stellen, da sie andernfalls es sich selbst zuzuschreiben haben, wenn sie auf den nächsten Impftermin verwiesen werden. Aus einem Hause, in welchem ansteckende Krankheiten, wie Scharlach, Masern, Diphtherie, Croup, Keuchhusten, Flecktyphus, rosenartige Entzündungen oder die natürlichen Pocken herrschen, dürfen die Impflinge zum allgemeinen Termine nicht gebracht werden. Die Nachschau der Impfstellen wird an dem nächstfolgenden Mittwoch, den 15. und 29. Mai, 12. und 26. Juni und 10. Juli, bzw. an dem nächstfolgenden Sonnabend, den 18. Mai, 1. 15. und 29. Juni und 12. Juli, nachmittags 2 1/2 Uhr pünktlich vorgenommen, wobei zugleich die Impflicheine ausgehändigt werden.

Verletzung des Auges durch den Zintenstift.

Der Zintenstift wirkt auf das Auge infolge seines Amalgamgehaltes entweder ätzend oder eiterregend. Die Verletzungen sind nicht sehr häufig, doch konnte Dr. Enzlin in kürzester Zeit zwei derartige Fälle beobachten, welche beweisen, daß abgesprungene Zintenstiftbröckel, welche ins Auge gelangen und längere Zeit unter dem Augenlid liegen bleiben, schwere Entzündungen verursachen können. In dem einen Fall fand sich ein Keilschiff an der Bindehaut des Oberlides, sowie eine starke Erhebung der Hornhaut, die sich in Feheln abblieb. Das Auge erreichte jedoch bei der Heilung wieder seine volle Sehkraft. Im zweiten Falle fand sich neben der Erhebung ein Geschwür der Hornhaut, Eiterung der vorderen Augenkammer, sowie eine Entzündung der Regenbogenhaut. Das Auge heilte mit einer Sehraft von bloß einem Drittel. Es scheint demnach, daß die Empfindlichkeit des Auges gegen das Gift des Amalgams nicht bei allen Menschen die gleiche ist. Bei Kindern ist der Verlauf besonders schwer. Der Zintenstift ist demnach unter Umständen in der Hand der Kinder ein gefährliches Instrument und sollte aus der Schule völlig verbannt werden. Ist ein Stück Zintenstift ins Auge gelangt, so muß es möglichst rasch entfernt werden.

Gerüstesturz.

Am Sonnabend morgen ist bei einem vom Maurermeister Wandke ausgeführten Bau in der Moislinger Allee das Gerüst zusammengefallen. Menschen wurden glücklicherweise nicht verletzt.

Ertrunken ist am Sonnabend abend im Kanal bei der Hüterordelücke der Arbeiter Werber, ein in den dreißiger Jahren stehender Mann. Derselbe wollte, wie es heißt, die Nester wilder Tauben, welche sich unter der Mäule befinden, ausnehmen und fiel dabei ins Wasser. Ein gerades Weges kommender, hier eingezogener Unteroffizier der Reserve sprang dem Unglücklichen zwar sofort nach, doch gelang es ihm nicht, den Mann zu erfassen. Eine zahlreiche Zuschauerchar war Zeuge des traurigen Vorfalls.

Frecher Schwindler.

Bei zwei hiesigen Schneider meikern sprach ein angeblicher Schneidergeselle Paul Giers aus Scherwin am Arbeit an. Nachdem ihm Arbeit zugeführt war, bat derselbe um 1 Mk. Vorschuss, um seine Papiere in der Herberge einzulösen, entfernte sich nach Empfang des Geldes und ließ sich nicht wieder sehen. In der Herberge eingezogene Erkundigungen ergaben, daß es sich um einen Schwindler handelt.

pb. Verjüngender Regenschirm.

Einem hiesigen Privatier ist vor einiger Zeit im Theateraum der Stadthalle ein sehr wertvoller seidener Herren-Regenschirm mit gerader, schwerer Werkstoff abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Die Krücke ist am oberen Ende abgeklacht und hier mit einem goldenen Kleblatt versehen. Unterhalb derselben ist um den Stiel ein silberner Ring gelegt.

pb. Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Travemünde, der von der großherzogl. Staatsanwaltschaft Gutin wegen Unterschlagung steckbrieflich verfolgt wird. Zwei galizische Arbeiter, die von der großherzogl. Staatsanwaltschaft Gröwig wegen Diebstahls verfolgt werden, wurden auf dem Hochhofenwert angetroffen und festgenommen.

pb. Schwindlerin.

Auf den Namen einer hiesigen Dame wurden in hiesigen Geschäften Waren und Geldsachen von einer unbekannteren Frauensperson auf Kredit entnommen. Als Täterin wurde eine vielfach wegen desselben Vergehens vorbestrafte Frau ermittelt. Einen Teil der Sachen hatte sie bereits bei einem hiesigen Pfandleiher verpfändet.

Das Wetter im Mai.

Wie das Wetter im Mai werden wird, darüber zerbrechen die ältesten Leute sich schon wieder die Köpfe. Nach dem hundertjährigen Kalender soll sich die Witterung während der ersten sechs Tage schon gestalten. Bis jetzt hat man nichts davon gemerkt. Bis zum 12. dürfte es rauhe und windig sein. Vom 12. bis zum 18. ist auf große Wärme zu rechnen. Am 25. soll es regnen und dann soll in den letzten Tagen gutes Wetter herrschen. Der Meteorologe Bürgel, ein Nachfolger Falbs, prophezeit im Gegensatz zum hundertjährigen Kalender für die ersten Tage im Mai kühle, regnerische Witterung, erst vom 4. ab dürfte es nach seiner Ansicht warm und schön werden. Vom 15. Mai soll sogar sommerliche Hitze eintreten, die mit Ausnahme einiger unbedeutender Niederschläge bis zum 23. anhalten werde. Hierauf wäre ein Witterungsumschlag zu gewärtigen, der regnerische, kühlere, kühlere Tage bringt. Den 12. Mai bezeichnet der Gelehrte als einen kritischen Tag von nur untergeordneter Bedeutung, während er am 27. einen starken kritischen Termin erklärt, der möglicherweise ein Erdbeben beschert. — Wer's nicht glaubt, zahlt keine Taler.

Im Haus-Theater ging gestern abend ein Schwan, bezieht: „Haben Sie nicht zu verzollen“ in Szene. Zwei Franzosen haben denselben verfaßt. Leider! Sie hätten es lieber unterlassen sollen. Das zahlreich anwesende Publikum wieherte vor Freude über die zahllosen Joten, Zwei- und Gindenteiligkeiten. Auch das ist bedauerlich, denn es zeugt von sehr bedenklicher Geschmackverirrung. Schließlich sei noch erwähnt, daß selbst die Leistungen der Künstler hinter dem zurückließen, was wir in Lübeck zu sehen gewohnt sind.

Giefelrade.

In einer Volksversammlung, die hier gestern bei Herrn Söhmann tagte, setzte Genosse Stelling Lübeck den Erschienenen auseinander, was die Sozialdemokraten wollen. Diskussion fand nicht statt.

Saubere Schule und Religion.

Die hiesige Schulsynode verhandelte Sonnabend abend über die neulich vertagte Frage, ob der Religions-Unterricht im Lehrplan der Volksschule beibehalten werden soll oder nicht. Die Versammlung war sehr stark besucht und folgte der höchst interessanten Diskussion mit gespanntester Aufmerksamkeit. Herr W. Paulsen trat in einem glänzenden Referat für die Abschaffung des Religionsunterrichts ein und forderte unter lebhaftem Beifall die Lehrerschaft auf, sich in dem Rufe zu vereinigen: „Bahn frei für den fleißigsten Gedanken der Entwicklung! Der Pädagoge in uns vertritt grundsätzlich den Religions-Unterricht. Der freie Mensch in uns fühlt sich auf der Höhe, fernherin einen solchen Unterricht zu erteilen!“ Herr F. Friedrichs in seinem Referat, sowie die Herren Koll, Krohn, v. Borstel und andere traten für einen freien, konfessionslosen Religionsunterricht ein. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen. Nach dreistündiger Dauer wurde die Versammlung vertagt. Die Verhandlung wird am 11. Mai fort-

gesetzt werden. — Zur Ausperrung der Arbeiter in den Betrieben für Zentralheizung von Hamburg-Altona (Schlosser, Helfer, Monteur), die Ausperrung dauert fort. Die Arbeitergehälter versuchen möglichst viele Arbeitswillige zu erlangen, Techniker, Montagelimitoren, Obermonteur, Meister aus den Betrieben; auch Inhaber einiger Firmen haben wieder den blauen Mittel angezogen und vertriehen die Arbeit der Ausperrten, so gut es eben geht; Inhaber kleiner Schlossereien übernehmen Arbeitsplätze für die Heizungsfirmen. Wir bitten jeden Arbeiter, insbesondere die Bauarbeiter, um ihre moralische Unterstützung in dem uns aufgedrungenen Kampfe. Durch „Schwarze Listen“ sind die Ausperrten in ganz Deutschland verstreut.

Bremen.

Großfeuer im Bremer Hafen. Im neuen Freihafen ist wiederum ein Großfeuer ausgebrochen. Der Schuppen 11 ging in Flammen auf; die Hälfte davon ist verloren. Der Schuppen enthielt 10000 Ball. Baumwolle. Durch Flugfeuer gerieten die Feuerwache am Freihafen, die Jollaberitzungsstelle und 9 Abteilungen der Firma Anton Winkler in Brand. Die letzteren sind ebenfalls verloren. Sodann sprang das Feuer auf die Abteilungen von Klassen und Wieting über. Infolge des heftigen Witterunges griff das Feuer auch auf die Schuppen und Gebäude im neuen Holz- und Fabrikhafen über und richtete sehr großen Schaden an. Abgesehen von den zerstörten Gebäuden, deren Wert sich im Augenblick noch nicht angeben läßt, verbrannten im ganzen ungefähr 20000 Ballen Baumwolle im Gesamtwert von ca. 6 Millionen Mark. Die Verachte über den Tod eines Feuerwehmannes bestärkten sich nicht. Die Entstehungsurache des Brandes ist noch nicht aufgeklärt.

Sufum.

Zur Lohnbewegung im Bau-gewerbe. Am Abend des 1. Mai, 9 Uhr, traf bei der Lohnkommission der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter ein Schreiben der Unternehmer ein, worin die Forderungen der Bauhilfsarbeiter rundweg abgelehnt wurden. Die Maurer und Zimmerer erklärten sich darauf mit den Hilfsarbeitern solidarisch und legten mit ihnen am Donnerstag morgen die Arbeit nieder. Es ist auch nicht ein einziger abgefallen. Sämtliche Bauten ruhen.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 4. Mai.

Bauern-Butter Pfd. 1,05—1,10 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,20 Mk., Haken — Mk., Enten — Mk., Söhner 2—2,30 Mk., Küten Stk. — Mk., Tauben Stk. 0,55 bis 0,60 Mk., Gänse Pfd. — Mk., Flockgans — Mk., Schweinskopf Pfd. 0,55 Mk., Schinken Pfd. 0,92—1,00 Mk., Wurst Pfd. 1,25—1,30 Mk., Eier 10 Stk. 60 Pfg., Karpen Pfd. 1,00 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,20—2,00 Mk., Karantischen Pfd. 80 Pfg., Sechse Pfd. 70 Pfg., Barische Pfd. 70 Pfg., Kal Pfd. 0,90 Mk., Geringe genügend, Dorische genügend, Brachsen Pfd. — Mk., Gemüse genügend, Blumenkohl, d. Kopf 0,30—0,50 Mk., Kefel, beste Grauentener, pr. 100 Pfd. — Mk., verschiedene pr. 100 Pfd. — Mk., Pfannen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kürbisse Pfd. — Pfg., Zwiebeln, hiesige, 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Kartoffeln, beste, 100 Pfd. 5.— Mk., Kohl, 100 Pfd. 4.— Mk., Strohwasserfische genügend.

Getreidepreise.

Lübeck, 4. Mai.

Weizen, 127—132 Pfd. holl. 190—195 Mk., Roggen 118—123 Pfd. holl. 180—185 Mk., Hafer nach Qualität 181—186 Mk., hochfein über Rotz. Gerste, nach Qualität 175—180 per 1000 Kilo.

Sternschau-Viehmarkt

4. Mai.

Der Schweinehandel verlief gut. Zuführt wurden 2500 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlandschweine schwere 48 Mk., leichte 48—49 Mk., Zauen 38—43 Mk. und Ferkel 44—47 Mk. pro 100 Pfund.

Briefkasten.

2 Streitende. 1. Die Mannschaften der Seebataillone dienen 3 Jahre. 2. Nach 2jähriger Dienstzeit wurden zuerst im Jahre 1893 die Mannschaften der Infanterie etc. als Reservisten entlassen.

Literarisches.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, herausgegeben von J. Bloch (Administration: Berlin W., Potsdamerstraße 121 h), haben das Aprilheft ihres XIII. Jahrgangs erscheinen lassen. Es ist dem Andenken Ignaz Auer's gewidmet, dessen Persönlichkeit und Bedeutung in einer Reihe von Artikeln und Rundschaurubriken von Schippel, Bernstein, Robert Schmidt, Kampffmeyer, Bloch und Deinhardt behandelt wird. Aus dem Inhalt des Heftes seien hier hervor: Eduard Bernstein: Ignaz Auer, der Führer, Freund und Berater. — Max Schippel: über das Wirken Auer's beim Ablauf des Sozialistengesetzes. — Robert Schmidt: Quer durch die Gewerkschaften. — Arbeitersekretär Johannes Heiden: Die Stellung der sozialdemokratischen Partei zur sozialpolitischen Gesetzgebung. — Dr. August Müller: Wann wird die Sozialdemokratie das Agrarproblem in Angriff nehmen? — Richard Calwer: Kartelle und Sozialdemokratie. — Morris Hillquit: Die gegenwärtige Lage des amerikanischen Gewerkschaftswesens. — Hugo Bösch: Trinkgeld und Lohn. — Wirtschaft von Richard Calwer. — Politik von Max Schippel. — Sozialpolitik von Paul Kampffmeyer. — Soziale Kommunalpolitik von Dr. Hugo Lindemann. — Sozialistische Bewegung von Josef Bloch. — Gewerkschaftsbewegung von Ernst Deinhardt. — Genossenschaftsbewegung von Gertrud David. — Frauenbewegung von Henriette Färth. — Dichtkunst von Max Schiborff. — Musik von Ernst Armann. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pfg., vierteljährlich 1,50 Mk. Zu beziehen durch jede Postanstalt, ferner direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Potsdamerstr. 121h Berlin W. 85. (Zufendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Kuvert.) Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Schippel; für den gesamten Inhalt Johannes Steinhilber. Verleger: Th. Schwarzh. Druck: Friedr. Meyers & Co. Sämtlich in Lübeck.

Die glückliche Geburt einer gesunden Tochter zeigen ergebenst an
Schwarz und Frau, geb. Mölling.

Die Geburt eines kräftigen Knaben zeigen hocherfreut an
Karl Möller und Frau, geb. Krieger.

Heute morgen 2 1/2 Uhr entschlief nach kurzer aber schwerer Krankheit unser innigstgeliebter Sohn **Herrmann** im zarten Alter von 18 Monaten.

Dieses zeigen an die tiefbetrübten Eltern und Geschwister.

Lübeck, den 5. Mai 1907.

H. Wulff und Frau, geb. Schlitt.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres teureren Entschlafenen, des Schriftsehers **Rudolf Otto**

sagen wir allen denen, die seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten und ihm das letzte Geleit zur ewigen Ruhe gaben, für ihre bewiesene Teilnahme unseren herzlichsten Dank.

Recht innigen Dank im besonderen seinen Herren Vorgesetzten der Firma Gebr. Borchers G. m. b. H., dem Hauptpastor Lindenberg, seinen werten Kollegen, sowie dem Männer-Turn-Verein Lübeck.

Lübeck, den 4. Mai 1907.

Julius Otto nebst Frau,
Kinder und Schwiegertochter.

Ein Logis für einen jungen Mann
Ernststraße 25.

Umstandshalber eine kleine Wohnung im Preise von 140 Mk. zum 1. Juli zu vermieten
Engelsgrube 31/11.

Gesucht sofort
Laufburschen oder Laufmädchen
für den ganzen Tag gegen hohe Vergütung.

Daniel Schlesinger Nachfl.

Gesucht sofort
ein ordentlicher Knecht
für Land- und Gartenarbeit.
F. Westfälina, Schönböckenerstraße 80.

Fuhrwerk, fassend 6-8 Personen, für den ersten Pfingsttag zu einer Ausfahrt zu mieten gesucht. Off. mit Preisforderung u. G. J. an die Exped. d. Bl.

Mischgarnituren, Sofas, Chaiselouque, Kleider- u. Küchenschränke, Vertikow, Salonsofa, Stühle u. Küchenische, Rohrühle, Pfeiler Spiegel u. Trumeaux, Ausziehtische, Bettstellen m. Matr., Waschtische, Bilder u. s. w. alles billig zu verkaufen
Befersgrube 20.

Zu verkaufen ein Fahrrad mit neuen Manteln, passend für Arbeiter, für 30 Mark
Giswialstraße 30.

Verloren eine graue Sammettasche mit Portemonnaie mit Inhalt vom Kohlmarkt bis Krimsstraße. Gegen gute Belohnung abzugeben
Balauerföhr 23.

Verloren am 1. oder 2. Mai ein Trauring. Gegen Belohnung abzugeben
Lüchowstraße 13 a.

Für Hausstandslumpen 4 Pfg. per Pfund aufwärts, für Eisen und Metalle zahle höchste Preise. Bitte Postkarte.
Waisenhoffstraße 25.

E. Boy

Fischhandlung, Süßstraße 30, Königsr. 24 (Gee Passenstraße). Tägl. frisch geräucherter Dacklinge, Aale, Störflisch, Seelachs, Heilbut, Schellfisch, Lachsgeringe.

Unentbehrlich für jeden Arbeiter

ist das

Arbeiter-Hausbuch

Ein Führer durch das öffentliche und private Leben des deutschen Arbeiters.

Nachschlagewerk für alle Rechtsfragen, soweit solche den Arbeiter als Ehemann, Vater und Bürger betreffen.

Anhang: Rezepte für die Küche. Haus- und Gesundheitspflege.

380 Seiten stark. Preis brochiert Mk. 1.—.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

und deren Kolporteurs.

Misch-Kaffee

gut schmeckend und kräftig
Pfund 60, 80, 90 u. 100 Pfg.

H. Bülck

Kaffee- und Teehandlung
Fernstr. 149, Breitestr. 54.

Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgegend.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfund 1,20 Mark.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Soeben ist in zweiter, neu durchgesehener Auflage erschienen

**Geschlechtsverkehr
und
Geschlechtskrankheiten.**

Von Dr. G. Gebert.

Preis 20 Pf. Preis 20 Pf.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung v. Friedr. Meyer & Co.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Gold-
arbeiter, Südfhauf. 13

5 Pfg. aufwärts zahle für Hausstandslumpen, sowie für Altmetalle und Gummi die höchsten Preise.
Alfstraße 37. Fernspr. 1813.

Nur 5 Tage in Lübeck.

**Grosser Zirkus
E. Blumenfeld**

Ww.

Heute Montag, den 6. Mai,
abends 8 Uhr:

Große Gala-Premiere
mit glänzendem Programm.

Dienstag, den 7. Mai:

2. große Parade-Vorstellung

Mittwoch, den 8. Mai,
nachmittags 4 Uhr:

**Einz. große Familien-, Schüler-
und Kindervorstellung,**

wozu sämtliche Schulen u. Lehranstalten von Lübeck hierdurch freundl. eingeladen werden. — Abends 8 Uhr:

Große Vorstellung.

Donnerstag, den 9. Mai,
am Dimmelfahrtstage:

2 gr. Pracht-Vorstellungen.

Freitag, den 10. Mai:
Unwiderruflich

Schluss- u. Abschiedsvorstellungen.

Stets glänzendes und vorzügliches Programm.
Hochachtungsvoll
Gebr. Blumenfeld, Direktoren.



Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhr-
meister,
Königsstraße 62, b. d. Süßstraße.

Verband d. Fabrik-, Land-, Hilfs-
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.
(Zahlstelle Lübeck.)

**Mitglieder-
Versammlung**
am Dienstag den 7. Mai
abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 46-52.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater

Heute Montag, den 6. Mai 1907:

Nur noch 4 Tage!

Kurzes Gastspiel von Mitgliedern
des Berliner

Vaudeville-Ensemble.

Leitung: F. Harold.

Neuester Schläger
des Berliner Residenz-Theaters.

Aber 3 Monate Zugkraft des
Samburger Carl Schulte-Theaters:
Sensationelle Novität!

**Haben Sie nichts
zu verzollen!**

(Vous n'avez rien à déclarer.)

Schwank in 3 Akten
von **Hennequin und Veber.**

1. Akt: Die Hochzeitsreise.
2. Akt: Ein peinlicher Zwischenfall.
3. Akt: Der dritte Tag.

Oberregie: **Ferry Körner.**

Vorverkauf bei **Sager.**

Preise wie gewöhnlich.

Morgen Dienstag:

Haben Sie nichts zu verzollen?

Wilhelm-Theater.

Direktion: **E. Feldhusen.** Fernspr. 1981.

Donnerstag den 9. Mai, Anfang 7 1/2 Uhr.

1. Abonnements-Vorstellung.

Die lustige Doppel-Ghe.

Schwank in 3 Akten von C. Kraay.

Im Vorverkauf bei D. Drefalt und
J. Nagel: Fremdenloge 2 Mk., 1. Parkett
1,25 Mk., 2. Parkett 75 Pfg., Parterre 50 Pfg.
Jugendkarten: Fremdenloge 18 Mk., 1. Park.
12 Mk., 2. Park. 7,20 Mk., Parterre 5,40 Mk.
Regelaufträge 10 und an der Abendkasse.



Jedes Heft ist reich illustriert!

Blut und Eisen

Krieg und Kriegerturn in alter und neuer Zeit von **Hugo Schulz.**

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen „Kulturbilder“. In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenscheit gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwicklung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegsführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. **Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreueln, Soldatentypen, Spottbilder und Waffengattungen** sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46,**
sowie deren Kolporteurs und Austräger.

An die Parteiorganisationen!

Mit Ende Juni dieses Jahres erreicht der erste Kursus der Parteischule seinen Schluß. Die Resultate, die bis jetzt erlangt wurden, sind sehr befriedigende.

Für den neuen Kursus, der am 1. Oktober dieses Jahres beginnen und Ende März 1908 endigen soll, bitten wir die Anmeldungen spätestens bis zum 10. Juni zu bewerkstelligen und wollen danach die Landes- und Bezirksorganisationen ihre Vorkerkungen treffen.

Jeder der Aufnahmeforschenden hat einen eigenhändig geschriebenen Lebenslauf einzureichen, den die zuständigen Organisationen mit ihrem eigenen Gutachten an uns ein-senden wollen. Wünschbar ist, daß diesmal auch Parteigenossen mit in Vorschlag kommen, die bereits in Partei-stellungen sich befinden. Die Parteikasse übernimmt wie bisher die Unterhaltung von 30 Schülern.

Wir machen ferner den Parteiorganisationen und Pressekommis-sionen die Mitteilung, daß unter den Schülern, die Ende Juni die Parteischule verlassen, sich noch eine Anzahl befindet, die bereit und befähigt ist, die Stelle eines zweiten oder dritten Redakteurs, eines Partei- oder Arbeitersekretärs usw. zu übernehmen. Meldungen bitten wir unter der Adresse

Wilhelm Pfannkuch

Berlin SW. 68, Lindenstraße 69
an uns zu richten.

Berlin, 7. Mai 1907.

Der Parteivorstand.

In den Händen der Menschenhändler.

Unermüdtlich ziehen gewissenlose Agenten, Menschenhändler, durch die Laube, um Arbeiter, die Sehnsucht nach Verbesserung ihrer Lebenslage haben, ins Ruhrrevier zu locken. Und meistens haben diese Gefellen mit ihrem verbrecherischen Treiben noch immer Erfolg, trotz aller Warnungen der Arbeiterpresse.

Täglich langen auf den Bahnhöfen des Ruhrreviers größere Massen fremder Arbeiter an, in geschlossenen Kolonnen, wie Sklaventransporte, von verdächtig aussehenden Menschen kommandiert. Ein äußerst trauriger Anblick! Für den Kenner der Verhältnisse um so trauriger, als er sicher weiß, daß die meisten der Armen ins sichere Elend wandern.

Schon oft geben sogar gelernte, gut bezahlte Arbeiter ihre Stellen in der Heimat auf und folgen den Lokungen der modernen Sklavenhändler. Hatte z. B. so ein junger, kräftiger, gelernter Arbeiter in der Heimat 5 Mk. Lohn pro Tag (solche Fälle sind sehr oft vorgekommen, kürzlich noch bei einem Schlosser aus Wien), dann versprach der Agent 6—8 Mk. Lohn. Freudig nahm der Arbeiter an und war natürlich der Betrogene.

Wie sind die Arbeiter enttäuscht, wenn sie am Lohn-tage statt der vom Agenten versprochenen 6—8 Mk. nur 3,50—3,80 Mk. in die Hand gedrückt bekommen! Und dann stürzen sich noch oft die Betroffenen ins Unglück dadurch, daß sie sich in ihrer begreiflichen Erregung an den Beamten vergeifen, dafür dann auf lange Zeit ins Gefängnis wandern.

Der Holzhändler.

Roman von Max Kreyer.

15. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Dulters erhob sich, schenkte das Glas des Grafen aufs neue voll und hielt ihm dann aufmerksam die Riste mit den Henry Clays hin, aus der Luz eine frische nahm.

Sie hatten aber kaum am Sofa-sitz wieder Platz genommen, als sie abermals gestört wurden. Es war Herrmann, der wieder hereintrat und Dulters einige Papiere und eine Zeitung übergab. Dulters entfaltete das Zeitungsblatt und überflog schnell die blau angestrichene Stelle, auf die der Prokurist aufmerksam gemacht hatte.

„Das wird ja immer toller,“ rief er aus. „Jetzt mischen sich schon die Weiber in unseren Handel. Hören Sie nur, was hier steht: „Eine Dänin, Frau Margarethe Lönbøge, betreibt großartige Ankaufe von Ländereien und Wäldern im östlichen Finnland, wo sie eine Holzmafefabrik und eine Zweigbahn eingerichtet hat. Sie operiert dabei mit ganz immensen Summen.“

„Also eine Königin der Wälder,“ sagte der Graf. „Ich befürchte, Ihr Ruhm steht nicht mehr allein da, lieber Dulters.“

„Es soll eine sehr tüchtige, energische Dame sein,“ warf Herrmann beiseite ein.

„Ist sie Witwe?“ fragte Luz, indem er durch das Monokel den Prokuristen ansah.

„Das kann ich wirklich nicht sagen, Herr Graf,“ erwiderte Herrmann lächelnd.

„Es wäre jedenfalls interessant, es zu erfahren,“ sagte Luz wieder und zog den Bart durch die schmale Hand.

„Vielleicht könnten wir da unsere Firma mit der finnländischen vereinigen,“ warf nun Dulters dazwischen.

„Ja, sehen Sie mal an, wie rege Ihre Phantasie gleich ist,“ sagte Luz wieder.

„Ich würde aber ebenso gern zu Ihren Gunsten verzichten, Herr Graf.“ Recherchieren Sie also, lieber Herrmann, und erstatten Sie uns dann Bericht.“

Diese würdevolle Komik stimmte den Prokuristen heiter, so daß auch die beiden anderen davon angesteckt wurden.

Sind die Betroffenen gar noch Ausländer, dann dürfen sie sich nicht mal über widerwärtiges Unrecht beschweren, bei Gefahr, als „lästig“ auf den Schub gebracht zu werden.

Klagen der Betroffenen beim Berggewerbegericht sind fast immer erfolglos, denn man läßt den Einwand der Zechevertreter gelten, sie hätten den Agenten keinen Auftrag gegeben, den Anzuwerbenden 6—8 Mk. Lohn zu versprechen. Wird dieser Einwand erhoben, dann können die Kläger keinen Gegenbeweis erbringen und ihre Klage wird abgewiesen.

So sind diese armen betroffenen fremden Arbeiter fast immer den Ausbeutern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Der Unternehmer kaserniert die Leute ein, schließt sie von der Außenwelt ab, benutzte sie als Lohndrucker und hat vor allen Dingen ein Heer von Streikbrechern in Reserve.

Im übrigen sollte der Einwand der Unternehmer, sie hätten den Agenten keinen Auftrag gegeben, den Anzuwerbenden 6—8 Mk. Lohn zu versprechen, gar keine Geltung haben. So unschuldig sind die Unternehmer keineswegs! Verwies doch noch kürzlich die Verwaltung einer Ruhrkohlenzeche in einem In-ferat in einer Elbster Zeitung, durch welches sie mehrere hundert Arbeiter suchte, u. a. auf ihre Hauerlöhne, die mehr als 6 Mk. betragen hätten. Selbst wenn die Angabe der Zecheverwaltung stimmt, daß sie solche hohe Hauerlöhne gezahlt hat, ist ihre Angabe dennoch auf Irreführung berechnet, weil der Anzuwerbende glauben muß, er könne als Hauer beschäftigt werden und ebenfalls 6 Mk. pro Schicht verdienen. Und doch müssen fremde, des Bergbaues unkundige Arbeiter erst jahrelang allerlei andere, minderbezahlte Arbeiten verrichten, ehe sie als Hauer zugelassen werden dürfen.

Nun hat sich in den letzten Tagen ein recht drastischer Fall ereignet, der Magdeburger Arbeiter betrifft, die ebenfalls einem Menschenhändler in die Hände gefallen waren. Infolge der Aussperrung der Hamburger Schauerleute war es auch mit der Elbstädten hatten recht wenig zu tun. Flugs machten sich Agenten die Gelegenheit zunutze, um diese Leute ins Ruhrrevier zu locken, wo wieder andere Agenten tätig waren, Arbeitswillige für den Hamburger Hafen zu werben.

Einem Menschenhändler, der in Magdeburg eintraf, gingen wirklich etwa 100 Arbeiter — meist im Hafnarbeiterverband, einige auch im Metallarbeiterverband organisiert — auf den Leim. Sie wurden für die große Zeche „Deutscher Kaiser“ des bekannten Industriekönigs Thyssen angeworben, wo sie 6 Mk. pro Schicht verdienen sollten. An Ort und Stelle angekommen, wurden die Leute sofort in Kasernen untergebracht. Und als sie sich dann nochmals um ihren Lohn befragten, mußten sie erfahren, daß sie die Betroffenen waren; anstatt der vom Agenten versprochenen 6 Mk. sollten sie 3,50 bis 3,80 Mk. pro Schicht verdienen; was der Agent versprochen, gehe die Zecheverwaltung gar nichts an, hieß es. Wie immer!

Darauf ließen sich die Magdeburger Arbeiter, die den rückständigen Elementen nicht beizuzählen sind, aber nicht ein, sondern sie verweigerten die Arbeit. Und sie beschlossen weiter: Rückkehr in die Heimat! Wie das aber bewerkstelligen, da doch die geringsten Mittel fehlten? Sie beschlossen also, den Weg von Ruhrort nach Magdeburg

über Hannover zu Fuß zurückzulegen! Sobald der Beschluß gefaßt war, begaben sie sich auf den Weg.

Sonnabend früh langten die vier ersten Heimwanderer in Dortmund an; sie kamen dort zur Redaktion der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ und schloßerten ihr Elend. Die Armsten waren völlig erschöpft und fast dem Hungertode nahe; sie hatten weder Mittel zur Bahnfahrt noch sonstiges Zehrgehalt! Sie hatten kein Geld, um nachts ein Unterkommen zu finden, und hatten auch kein Geld, ihren Hunger zu stillen! Sie erzählten, daß sie wie die Zigeuner aufzogen und nachts in den Wäldern lagerten. Bis Mittwoch würden sie wohl ihre Heimat Magdeburg wieder erreichen.

Fürwahr, diese Armsten haben ihre Sehnsucht nach den „Goldbergen“ des Ruhrreviers bitter büßen müssen! Und doch sind sie glücklich zu preisen, daß sie sich aufraffen und wieder heimzogen. Tausende unglückliche Familien müssen, durch die Verhältnisse gezwungen, aus-harren und gehen im Elend zugrunde. Freilich ist es auch schon vorgekommen, daß ganze Familien, 6 und 8 Köpfe stark, mit Sack und Pack, die kleinsten Kinder in einer Handkarre, die von den größeren Kindern gezogen wurde, zu Fuß wieder nach der Zwickauer Gegend wanderten, wo ihre Heimat war.

Das sind entsetzliche Zustände! Und keine Behörde des preussischen Klassenstaates denkt daran, dem verbrecherischen Treiben der Menschenhändler Einhalt zu gebieten. Wie sollten sie auch dazu kommen, da doch das Treiben dieser Agenten den Grubenproben und sonstigen Ausbeutern nur zum Segen gereicht!

Um so mehr müssen die Arbeiter auf Selbstschutz bedacht sein. Überall müssen die Agenten und ihr verbrecherisches Treiben gebremst werden. In den Organisationen muß darauf hingewiesen werden, daß die fremden Arbeiter im Ruhrrevier den Ausbeutern macht- und rechtlos gegenüber stehen und daß sie gegebenenfalls den anfälligen Arbeitern als Streikbrecherkolonnen in den Rücken fallen sollen. Es muß ihnen gesagt werden, daß die Agenten schwindeln und lügen und ihnen, den Arbeitern, im Ruhrrevier nur Elend bevorsteht, daß sie bei bedeutend teureren Lebensverhältnissen einen viel geringeren Lohn als in der Heimat erhalten und noch obendrein bedeutend schwerer schuften müssen.

Noch deutlicher als diese Schilderung spricht für das tieftraurige Elend der durch Werbeagenten nach dem Westen gelockten Arbeiter der nachstehende Brief eines majurischen Arbeiters, der in seiner Heimat 2 Mk. Lohn in der Fabrik erhielt. Er schreibt über seine Erlebnisse im Westen:

Auch ich bin, weil ich bei den furchtbar niedrigen Löhnen, die hier gezahlt wurden, mit meiner Familie nicht länger hungern wollte, einem der hier herumlungenden Agenten ins Garn gegangen und nahm Arbeit nach dem Rheinland an, wohin ich mit einem Trupp angeworbener Landsleute am 5. Januar dieses Jahres abfuhr. Vor meiner Abreise fragte ich den uns begleitenden Transporteur, ob wir nicht im Rheinland gar schlechter behandelt werden würden als hier, denn in sozialdemokratischen Zeitungen warne man vor den industriellen Ausbeutern des Westens. Der Transporteur erklärte aber, dies wären nur Erfindungen der Sozialdemokraten, die die Arbeiter unzufrieden machen und gegen die Arbeitgeber aufbeben. Nachdem wir unterwegs noch auf einigen Stationen, besonders in Berlin, gewarnt worden waren, kamen wir in

„Ich dachte, Sie hätten keine Lust mehr, zum zweitenmal zu heiraten, nach der trüben Erfahrung, die Sie gemacht haben,“ sagte der Graf, nachdem sie wieder allein waren.

Dulters, der an den Schreibtisch getreten war, horchte auf. Die Jahre hatten ihn bereits so in Sicherheit gewiegt, daß er in derartigen Bemerkungen nur leere Redensarten sah.

„Trübe Erfahrungen? Wer sagt Ihnen denn, Herr Graf, daß ich trübe Erfahrungen in meiner Ehe gemacht hätte?“ Seine Augen waren fest auf Luz gerichtet, so daß dieser eine gewisse Unruhe verspürte. Fast hätte er sich auf den Mund klopfen mögen, daß ihm die unbedacht-samen Worte herausgeschlüpft waren.

„Was für ein gentiler Heuchler,“ dachte er, während er nach einer Ausrede suchte. Dann aber erwiderte er möglichst ruhig: „Bitte vielmals um Entschuldigung für meine Unbesonnenheit. Mir war's aber so, als wäre mir von irgend einer Seite die Mitteilung gekommen, daß Sie in Ihrer Ehe nicht ganz glücklich gelebt hätten.“

„Dann möchte ich Sie bitten, Herr Graf, falls wieder einmal die Rede darauf kommen sollte, den betreffenden Leuten in meinem Namen zu sagen, sie möchten sich doch gefälligst um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern.“

„Wenn er müßte, daß das eigentlich an meine eigene Adresse gehen müßte,“ dachte Luz abermals, lächelte verbindlich und nickte wie zum Einverständnis. „Man kommt mit so vielen Leuten zusammen, und es wird so viel aberwitziges Zeug geredet, daß man wirklich manchmal die Dinge nicht auseinanderhalten kann.“

Sein Gleichmut war bezaubernd und verfehlte die Wirkung auf Dulters nicht, dessen gute Laune sofort wieder zurückkehrte. Was konnte dieser oberflächliche Lebemann auch von seiner unglücklichen Ehe wissen — er, dem gegen-über er sich stets wie ein verschlossenes Buch gegeben hatte, nach dessen Inhalt man vergeblich forscht. Aber so waren die Menschen; sobald man sich über gewisse Dinge gründlich aussprach, machten sie sich ihre eigene Geschichte zurecht und dachten sich das ungereimteste Zeug zusammen.

Er schwieg eine Weile, dann sagte er plötzlich: „Ich habe durchaus glücklich mit meiner Frau gelebt, Herr Graf.“

„Ich setze dabei voraus, daß Sie mit mir in der Beurteilung des Begriffes Glück übereinstimmen. Glück ist für mich nur Einbildung. Will man uns diese Einbildung rauben, dann zeigt sich erst unsere Kraft. Entweder wehrt man sich mit allen Mitteln gegen den Räuber unserer Illusion und scheut selbst vor dem Äußersten nicht zurück, oder man nimmt die Last des Unglücks ruhig auf sich, bis man sich daran gewöhnt hat und zum Sklaven der Gewohnheit wird.“

„Und was würden Sie tun, wenn man Ihnen diese Illusion raubte? Sie sind doch wahrhaftig auch kein großer Gemütsmenschen.“

„Meinen Sie, Herr Graf? Sie schließen das wohl daraus, weil bei mir in Geldsachen die Gemütslichkeit aufhört?“

„Aber bester Herr Dulters! Sie imputieren mir hier Auffassungen, gegen die ich denn doch protestieren muß.“

„Dann bitte ich diesmal um Pardon.“

„Ich halte Sie eben für eine Kraftnatur. Na, und daß Kraftnaturen nicht geradezu sentimental veranlagt sind, das ist doch bekannt seit Olims Zeiten.“

Auch der alte Olim kann sich mal geirrt haben, Herr Graf.“ Dulters gab seiner frischen Zigarre Feuer, und während er passend das Zündholzchen ausflackern ließ, suchten seine Augen durch die Dampf-wolken die Züge des Grafen, der mit seinem Monokel spielte und dabei das maurische Muster des Teppichs betrachtete.

Dulters warf das verglimmende Streichholz fort, labte sich ein Weilechen an der Zigarre und nahm das Gespräch dann wieder auf:

„Was ich tun würde, Herr Graf? Das will ich Ihnen sagen. Ich würde den Zerstörer meines Glücks auf der Stelle töten, vorausgesetzt, daß ich ihn konnte und zu töten vermöchte. Ich war nie für Halbheiten in meinem Leben. Aut-aut hieß stets meine Parole.“

Er hatte seine ganze Zuversicht wiederbekommen. Breit und behäbig, die Hände über den Leib gefaltet, saß er in dem hochlehnigen Stuhl, den Blick unerschrocken auf Luz gerichtet. Es erweckte in ihm eine gewisse behagliche Stimmung, als er sich ausmalte, wie schön es gewesen wäre, wenn er damals statt seines Weibes

Meiderich an. Hier merkten wir schon, daß wir betrogen waren. Denn während man uns in unserer Heimat als Mahlarbeiter angeworben hatte, wurden wir im Kontrollbureau als Erzablander eingestuft. Dann erhielten wir in einer Wirtschaft Mittagessen, vor dem wir, die wir wahrlich nicht verwöhnt sind, uns tatsächlich grauten. Dann ging es zum Arzt zur Untersuchung. „Ach! Ach! von wo hat Euch der Teufel alle hierher gebracht?“, das waren die ersten Begrüßungsworte, die wir hier zu hören bekamen. Dann wurde fast jeder derb angefaßt und hin und her gestoßen. Im anderen Morgen ging es zur Arbeit. Kaffee oder Frühstück erhielten wir nicht. Geld hatte keiner, denn die paar Mann, die noch Geld hatten, mußten es hergeben zur Anschaffung von Töpfen, Löffel und sonstigen notwendigen Dingen. Auch Schlüssel mußten zu den Spinden gekauft werden. Die meisten — auch ich — mußten mit unglücklichem Magen zur Arbeit gehen. Und was für eine Arbeit. Solch eine Arbeit kannte ich noch nicht. Vorwärts gab es nicht, nur Mittagessen auf Pump. Dieser schweren Arbeit mit meinem schon in der Heimat ausgegorenen Körper und jetzt noch mit murrendem Magen war ich nicht gewachsen. Schon nach drei Tagen klappte ich zusammen. Es stellte sich Lungenentzündung ein, an der ich vom 11. Januar bis zum 15. April im Krankenhaus lag. Vor Gram und Entbehrung erkrankte nun auch meine Frau in der Heimat und hat dort 7 Wochen schwer krank gelegen. Die Folge war schreckliche Not in der Familie. Die Kinder hungerten und waren halb nackt. Ich lag fern von ihnen krank und konnte nicht helfen. Jetzt bin ich kaum genesen und wieder nach D. zurückgekehrt ins alte Glend. Wie wird es mir gehen? Nennt man diese Zustände hier beim richtigen Namen, dann bekommt man auch nicht mal die schlecht bezahlte Arbeit und wird oben- drein noch von den durch Pfaffen verdummten und aufgebehten Arbeitskollegen gemieden.

Das durch die vorstehende Schilderung gekennzeichnete Treiben der Agenten und ihrer Helfershelfer ist schamlose, gemeine Ausbeutung der Notlage der in die Ferne Gelockten. Weshalb schreitet die auf anderen Gebieten so zugriffslustige Strafverfolgungsbehörde nicht wegen Betrugs und Wuchers ein?

Soziales und Parteileben.

Reichsgericht hilft! In dem Entschädigungsprozeß des Arbeiters W. e. a. l. d. gegen die Stadtgemeinde Breslau, in welchem W. e. a. l. d. Ansprüche stellt, die von dem Oberlandesgericht für dem Grunde nach gerechtfertigt erklärt worden waren, legte die Stadtgemeinde jetzt Revision beim Reichsgericht ein.

Die preussische Polizei steckt ihre Nase überall hinein. Wie in anderen Kriegervereinen, so hat man auch im Militärverein Steinkuhl bei Bochum eine Hege gegen die Mitglieder des freien (alten) Bergarbeiterverbandes infiziert. Da aber die Mitglieder immer noch nicht so recht nach der Weise einiger Streber tanzen wollen, hilft einfach die Polizei ein bißchen nach, wie dieses Schreiben zeigt, das man an die Mitglieder sandte:

Steinkuhl, Bochum 7, den 24. April 1907.

Wetter Freund!

Da von der Polizeibehörde wieder ein Brief eingelaufen ist, daß die, welche den alten Verband angehören gestrichen werden sollen, so müssen wir bis Sonntag in der Generalversammlung Bescheid haben, ob Sie sich in den alten Verband wollen streichen lassen oder nicht, widrigenfalls das nicht geschieht Sie in den Militärverein gestrichen werden.

Der Vorstand des Militärvereins Steinkuhl.

F. M.: G. Langner, Schriftführer.

Kommentar überflüssig!

Unternehmerterrorismus. Die „Märkische Volksstimme“ veröffentlicht ein Zirkular des Förster Arbeitgeberverbandes der Textilindustriellen an seine Mitglieder. Darin wird bestimmt:

Alle wegen Beteiligung an der sozialdemokratischen Maffier am 1. Mai von der Arbeit fortbleibenden Arbeiter sind, ganz gleich ob sie Kündigung haben oder nicht, sofort zu entlassen und dem unterzeichneten Vorstehenden am 1. Mai bis abends schriftlich bekannt zu geben. Durch ein Rundschreiben werden Ihnen dann am 2. Mai die Namen der aus obigem Grunde entlassenen Arbeiter mitgeteilt werden. Diese Arbeiter sind von sämtlichen Mitgliedern des Lausitzer Verbandes so lange nicht wieder einzustellen, bis Ihnen ein erneuter Beschluß hierüber zugeht.

Einen Mann eines selbstgewählten Feiertages wegen in einem ganzen großen Bezirk arbeitslos machen und dem

Hunger überantworten, das ist die denkbar infauste Gewalttherrschaft. Und diese Gewalttherrschaft wird auch gegen Fabrikanten ausgeübt: die Satzungen des Arbeitgeberverbandes verpflichten die Mitglieder zur Beachtung der Anordnung bei Zahlung hoher Konventionalstrafe. Zum Überfließ bestimmt das Statut dieses gerichtlich eingetragenen Vereins, daß kein Mitglied austreten darf, so lange es das Geschäft betreibt. Und diese Terroristen entziffen sich über den Terrorismus der — Sozialdemokraten!

Der Berliner Kühnemänner-Verband geht ähnlich brutal vor. Er verfügt an seine Mitglieder, „umgehend die Namen sämtlicher Arbeiter anzugeben, die ohne stichhaltige Gründe am 1./V. die Arbeit verläßt oder vorzeitig verlassen haben. Ebenso ist die Einstellung von Arbeitern mit Entlassungsschein vom 30./IV. bis 3./V., die sich nicht im Besitz von Nachweisscheinen befinden, nur nach vorheriger Anfrage bei der Geschäftsführung unseres Verbandes, ob der betreffende nicht etwa zu den Maffiern gehört, vorzunehmen.“

Also auch dieser Maß beschneidet die Aussperrung der Maffiern nicht auf einige Zeit, sondern eröffnet ihnen die Aussicht, auf ungemessene Zeit der Arbeitslosigkeit zu verfallen. Auch auf die gerade von den Metallindustriellen den Arbeitern gegenüber so oft geforderte „Freiheit der Entschließung“ bei der Einstellung oder Entlassung von Arbeitern wirft dieses Zirkular ein sonderbares Licht. Die Einstellung von Arbeitern mit einem Entlassungsschein vom 30. April bis 3. Mai ist nur nach vorheriger Anfrage bei der Geschäftsführung des Schachtmacherverbandes gestattet. Damit basta! Die „Herren im Hause“ haben nicht zu murren, wenn ihre Leitung ihnen befiehlt, den Arbeitern die echte Kühnemännerbrutalität zu beweisen. Im Gegenteil: Schmerzte Strafe dem, der andere nicht an freiwilliger Arbeit hindert!

Sette Gewinne! Nach dem Geschäftsbericht der Badischen Anilin- und Sodafabrik wurden im letzten Jahre zusätzlich des Gewinnvortrages 18,419,285 Mark Rohüberschuß erzielt. Der verfügbare Überschuß stellt sich auf 13,605,423 Mark, gegen 1905 664,424 Mk. mehr. Nach Abschreibungen in Höhe von 4,453,435 Mk. verbleibt ein verfügbarer Reinüberschuß von 8,823,518 Mk. Daraus werden auf das 21 Millionen Mark betragende Aktienkapital 30 Prozent Dividende (1905: 27 Prozent) verteilt, 1,230,349 Mark als Gewinnanteile und Belohnungen ausgeschüttet und 1,293,169 Mark auf neue Rechnung vorgetragen. Ende Dezember waren 7551 Arbeiter beschäftigt. Diese Zahl als Jahresdurchschnitt unterstellt, ergeben sich pro Kopf der Beschäftigten folgende Gewinnziffern:

Rohgewinn	Abschreibung	verteilter Reingewinn
Mk. 2439	Mk. 589	Mk. 884

Die letztjährigen Abschreibungen machen über 21 Prozent des Aktienkapitals aus. Reserven stehen in Höhe des Aktienkapitals und der Anleihen zu Buch. In der Duisburger Kupferhütte ist das Unternehmen mit 1,280,000 Mk. beteiligt. Im Geschäftsbericht wird bemerkt, der Geschäftsgang sei ein guter gewesen. Das kann kaum bestritten werden. — Was aber haben die Arbeiter bekommen?

Das Bedürfnis nach dem Ersatz der Erbverfassung durch die Einäscherung der Leichen wächst andauernd in Deutschland. Im ersten Vierteljahr 1907 haben in deutschen Krematorien 752 Einäscherungen stattgefunden, gegen 479 in dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Das ist eine Vermehrung um 273 gleich vollen 57,4 Prozent! Von den Eingäscherten waren 450 männlichen, 302 weiblichen Geschlechts. Der Konfession nach waren 607 evangelisch, 60 katholisch, 6 altkatholisch, 37 mosaisch, 18 freireligiös, 6 Dissidenten; von 18 ist das Bekenntnis nicht angegeben. — Die höchste Zahl der Einäscherungen wiesen auf Gotha (127), Chemnitz (124), Hamburg (123); 50 und mehr Einäscherungen hatten noch Mainz (71), Ulm (54), Jena (50).

Ein Geschäftssozialist. Eine Zeitungsnachricht aus Offenbach a. M. besagt: Der Kreisaußschuß hat die Wahl des zum Beigeordneten in Bieber gewählten sozialdemokratischen Schriftstellers Hock in seiner gestrigen Sitzung bestätigt, nachdem Hock aus dem sozialdemokratischen Verein ausgetreten war.

Wir suchten in unserem Offenbacher Parteiorgan nach einer Berichtigung dieser sonderbaren Meldung, fanden sie aber nur bestätigt. Danach wickelte sich die Verhandlung vor dem Kreisaußschuß am 1. Mai also ab:

Vorsitzender Kreisrat v. Homberg: „Wann sind Sie zum Beigeordneten gewählt worden?“
Hock: „Am 20. März 1907 in der Stichwahl.“
Vor.: „Sie haben der soziald. Partei angehört?“
Hock: „Ja, bis zum 1. April 1907.“

Der Graf winkte ab. „Nein, nein. Danke gehorsamt. Nur keine Bemühungen. Mein altes Leiden, sobald die Sitzung etwas spät wurde. Man merkt doch, daß man in die Jahre kommt.“

Aber Herr Graf — auf einmal diese Erkenntnis? Sie, der Unverwundliche! Dulzers lachte wie gewöhnlich etwas ungeschön auf.

„Die frische Luft wird mir am besten tun.“
Er wollte noch etwas hinzufügen, als sie zum drittenmal gestört wurden. Diesmal war es der Kassierer, welcher fragte, wie hoch er die Summe zu einem gewissen wohlthätigen Zwecke auswerfen solle. Es handelte sich um verwahrloste Kinder.

„Geben Sie fünfhundert Mark,“ sagte Dulzers absichtlich laut. Der Kassierer glaubte nicht richtig verstanden zu haben, denn einen derartigen Jahresbeitrag hatte man nie dafür ausgenorfen.

„Fünf = hum = dert Mark“, sagte Dulzers nochmals. Er wollte dem Grafen doch beweisen, daß er Gemüt besitze. „Sie wollen also wirklich fort?“ wandte er sich an diesen.

Luz nickte und ließ die Kapell seiner Goldenen Springen. „Ich muß zu Habel. Ist es Ihnen recht, so spreche ich morgen Vormittag wieder hier vor.“ Ein Gefühl schwerer Ermattung in den Nerven, sehnte er sich so schnell als möglich hinaus.

„Es wird mir wie immer eine Ehre sein, Herr Graf. Also auf morgen. Ich werde dafür sorgen, daß wir nicht so oft gestört werden.“
Eigentlich war ihm die Unterbrechung angenehm. Morgen würde er doppelt vorbereitet sein, allen Einwendungen des Grafen zu begegnen.

So schieden sie mit einem Händedruck, begleitet von dem üblichen Höflichkeitstausch.

IX.

Am Sonntag abend war das Partiergescheh in der Tiergartenvilla festlich erleuchtet.

Noch in letzter Stunde hatte Dulzers Einladungen an Niedwisch, Tollen, Luz Vater und Sohn, an Rentlow, an den Konjul und einige andere Herren und ihre Damen erlassen, und so war aus dem einfachen Mittagessen, zu dem er Bassen gebeten hatte, ein Diner geworden, das auf sieben Uhr angelegt war.

Vor.: „Sind Sie Anhänger der soziald. Partei?“

Hock: „Ich war Vereinsmitglied — ich — ich — habe in dem Protokoll ja meine Erklärung darüber abgegeben.“

Der Vorsitzende verliest das Protokoll des Gewählten, das er vor dem Kreisrat abgelegt und unterschrieben. Es lautet im wesentlichen folgendermaßen:

„Ich habe in Bieber dem soziald. Verein angehört, aber eine besondere Stellung habe ich nicht innegehabt, bin auch nicht als Agitator hervorgetreten. Ein Anhänger der soziald. Partei bin ich nicht. Aus Geschäftsrücksichten und wegen Kundenschaft für mein Zigarrengeschäft gehörte ich dem soziald. Verein an. Es gibt in Bieber noch mehr Geschäftsleute, die nur aus gleichen Gründen dem soziald. Verein angehören. Meine politische Überzeugung hängt mit meiner Mitgliedschaft im soziald. Verein nicht zusammen. Da die Rechtsprechung in Hessen den gewählten Mitgliedern der soziald. Partei die Bestätigung verweigert, bin ich ausgetreten. Die Sozialdemokratie hat mich nach der Wahl als einen der übrigen bezeichnet. Meine Aufstellung erfolgte allerdings durch den soziald. Verein, aber auch von einer Kommission von Bürgerlichen. Ich bin Mitglied des Gesangsvereins „Frohstimm“, der Gegenkandidat ist Mitglied des Gesangsvereins „Polyhymnia“. Ich glaube, daß mein Weg mehr Stimmen vom soziald. Verein erhielt als ich, weil die „Polyhymnia“ viele Sozialdemokraten als Mitglieder hat.“

Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt Herr Peter Josef Hock, daß er die soziald. Vereinsversammlungen nur in der letzten Zeit vielleicht zweimal besucht hatte und nicht als Redner oder Agitator aufgetreten sei. Der Bürgermeistermeister Wimmel von Bieber bestätigte letztere Angabe und hält die Angaben Hocks als „ganz bestimmt“ für zutreffend. Bei der Wahl habe es geheißen: Hie „Frohstimm“, hie „Polyhymnia“. Beide Gesangsvereine seien früher ein Verein gewesen, hätten sich später getrennt, so daß heute noch Spannung zwischen beiden bestehe. Das politische Moment sei bei dieser Wahl in den Hintergrund getreten. Nach kurzer Beratung verläßt der Vorsitzende folgenden Beschluß des Kreisaußschusses:

„Nachdem der Kreisrat den gegen die Bestätigung des zum Beigeordneten von Bieber gewählten Pet. Josef Hock erhobenen Einspruch zurückgezogen hat, fallen die Gründe zu einer Entscheidung. Es wird daher kein Urteil gefällt, die Bestätigung wird erfolgen.“

Dazu bemerkt unser Offenbacher Parteiblatt: „Den Bieberern ist recht geschieden!“ Also lautete die Kritik, die man gestern von Genossen zu hören bekam. So drastisch hat sich in der Tat noch nie gezeigt, wohn die Parteibewegung geraten muß, wenn Gesangsvereine die Politik machen. Keine Partei kann sich vor „Geschäftsgenossen“ schützen, aber so viel Einsicht müßte doch mindestens walten, daß ein solcher Geschäftspolitiker nicht als Kandidat zu einem öffentlichen Amt erkoren wird. Die Parteiversammlung, die Herrn Hock als Kandidaten proklamierte, hat gegen die elementarsten Grundsätze, die unweigerlich jede Partei befolgen muß, wenn sie sich vor Versumpfung schützen will, geradezu gefrevelt. Darüber hinaus illustriert der Fall auch die Handhabung des Bestätigungsrechts. Ein aufrechter Mann, dessen Wort gilt, wird vermorden, der Mantelträger aber, der jeden Augenblick zum Abschwenken bereit ist, immer bereit, mit der Macht es zu halten und also auch bereit, wenn die Lage sich verändert, nochmals die Farbe zu wechseln — der ist der rechte Mann. Fast zur selben Zeit, da Herr Hock dem Kreisrat sich als Geschäftshaber bekamte, schrieb Hock an den Vorstand des soziald. Vereins zu Bieber einen Brief in dem Sinne: er bleibe der Alte und springe aus dem Verein nur, um die Bestätigung zu erschleichen. Die Sozialdemokratie kann sich Glück wünschen, daß sie den Mann los wurde. Aber das Glück wäre größer, wenn die Genossen allort: aus dem Vorfall lernen.

Die empfindsame bayerische Justiz. Der Amtsrichter Frohnauer in Kulmbach hat die Haftentlassung des wegen einer Bagatelle schon wochenlang in Zeugnishaft stehenden sozialdemokratischen Redakteurs Schlegel mit der gemühtiefen Begründung abgelehnt:

„Vor Erschöpfung des Zwangsmittels stehe es nicht fest, ob nicht der Zeuge durch die lang dauernde Freiheitsberaubung schließlich die Geduld verliert und zur Zeugnisabgabe sich bestimmen lasse.“

Die „Fränkische Tagespost“ hatte diese Begründung so charakterisiert, wie sie es verdient, und um den Bürgern von Kulmbach die Kenntnis dieses Urteils zu ermöglichen, hatte der dortige Fiktionalhaber die betreffende Nummer des Blattes im Schaufenster ausgehängt. Bald erschien aber bei ihm der Polizeioffiziant und Vertreter des Staatsanwalts und verlangte die sofortige Entfernung der Zeitung; im Weigerungsfalle würde sie gewaltsam

ihren Verfasser hätte treffen können, um sein Mütchen zu föhlen. Dann hätte er Olga verziehen und sein Gewissen niemals so belastet, denn seine Tat wäre nur die der Notwehr gewesen.

„Und wenn Sie augenblicklich keine Waffe zur Hand hätten?“

„So würde ich ihn mit diesen beiden Händen hier ermüthen, Herr Graf, so wahr mir Gott meine Tat verzeihen möge.“

Er hatte die Zigarre beiseite gelegt, und ballte nun die Hände unter dem Eindruck der Erregung, die aus der Erinnerung an die Vergangenheit ihre nährende Kraft bekam. Verhaltene Empörung leuchtete aus seinen Augen, die lebhaft hin- und hergingen. Endlich dämpfte er diesen inneren Drang, der ihm Seelenqualen verursachte und an dem er sich doch förmlich labte. Und wieder zur Zigarre greifend, der er nun aufs neue volle Züge entnahm, zwang er sich zu der gemühtlichen Äußerung: „Aber, finden Sie nicht auch, Herr Graf, daß es eigentlich eine Torheit von uns beiden ist, unsere kostbare Zeit mit einem derartigen Thema hinzubringen?“

„Eigentlich ja, ich finde es auch.“ Graf Luz war bleich geworden unter der Wucht dieser elementaren Offenheit, die ihm wie das Gebrüll eines wilden Tieres erschien. „Bielleicht ahnt er etwas, weiß vielleicht schon lange, was für eine Rolle du damals spieltest,“ raunten ihm seine Gedanken zu. Und plötzlich, bis aufs äußerste erregt durch diese innere Wilson, malte er sich aus, es könnte sich wirklich so verhalten und Dulzers seine Erklärung auf ihn bezogen haben. Er hatte dieselbe Empfindung wie vor einer Viertelstunde, als er das Bild an der Wand betrachtete: daß Dulzers plötzlich auf ihn zutreten könnte, um ihn mit einem fürchterlichen Schrei der Empörung zu erdroffeln.

Unverwartet erhob er sich, fuhr mit seinem Taschentuch über die Stirn und sagte: „Teufel, ist das hier warm bei Ihnen.“

Und als Dulzers lachte, mußte er nicht, wie er dieses Lachen auslegen sollte.

„Das macht der Cherry, Herr Graf. Nur der Cherry. Aber Sie sehen ja blaß aus, ist Ihnen nicht wohl? Dem kann sofort abgeholfen werden. Ich habe vorzügliches Seda im Keller. So etwas halte ich mir hier immer.“

Unberechenbar, wie immer in seinen Beschläffen, hatte er plötzlich diesen „Sprung“ gemacht, wie Fräulein von Hantsling die Art seiner Launen bezeichnete. Er wollte wieder einmal „Leben in der Bude“ sehen, von Lichtfülle und ungebundener Heiterkeit umgeben sein, die ihn mitten in den Strudel toller Luft hineinzogen.

Eigentlich war das Ganze nur ein Notbehelf, durch den er sich vor dem Alleinsein mit Bassen bewahren wollte. Wer konnte wissen, ob er sich nicht mit diesem jungen Mann gründlich langweilen würde. Er war nicht dafür, daß das Gespräch plötzlich stockte und „ein Leutnant, der seine Schulden bezahlt“, durch das Zimmer ging. Wenn man während des Essens den Faden verlor, dann folgten manchmal die dümmlichen Fragen, worauf noch dümmere Antworten kamen. Am Familientisch konnte man sich ja in dieser Beziehung gehen lassen, durfte sich mit „Fräulein Zimperlich“ bis zum Nachtschlaf hin, sobald aber ein Gast anwesend war, mußte ein anderes Gesicht aufgesteckt werden.

Otti lachte zu seiner Sinnesänderung. „Ich freute mich nun schon dieses männliche Märkelwesen namens Bassen in Einzelbressur von dir vorgeführt zu sehen, und nun ist's wieder nichts,“ sagte sie übermütig. „Herr Dulzers, Sie scheinen Angst vor dieser DRESSUR zu haben!“

Unwillkürlich erschrak er. Wie sie das Richtige getroffen hatte! Dann aber zwang er sich zu einem Lachen, klopfte ihr den Nacken und gab gemühtlich zurück: „Anderer sollen auch etwas von dieser DRESSUR sehen. Deshalb habe ich's so gemacht.“

Er lachte selbst über diesen Einfall, weil er ihn ganz vortrefflich fand. Ja, so wollte er es machen: wenn dieser junge Herr von Bassan wieder naseweise Fragen stellen sollte, so würde er ihm schon die DRESSUR beibringen. Höflich, aber bestimmt. Inneren Verdruß bereitete ihm noch immer die Angelegenheit mit Graf Arthur.

Der alte Luz hatte sich am anderen Tage im Geschäft nicht sehen lassen, wie er zugesagt hatte, da er, wie er schrieb, in einer dringenden Angelegenheit nach Potsdam müsse, wo sein Sohn in Garnison stand. Dulzers witterte sofort wieder das Richtige: daß es sich um finanzielle Dinge handle, unter denen der Leutnant wieder zu leiden habe. Um so energischer würde dann der Vorstoß des Alten bei dem Goldhändler sein.

(Fortsetzung folgt.)

aus dem Schaufenster entfernt werden und eine Anzeige wegen groben Unfugs gegen ihn anhängig gemacht werden. Da durch eine im Schaufenster aufgehängte Zeitung kein grober Unfug begangen werden kann, so kann diese Maßnahme nur als schützender Akt der neuesten bayerischen Zwangsfolterstrafe angesehen werden. Diese aber rächt auch kein Volksschutz vor dem Urteil jedes ausländigen Menschen.

Der Kampf „für Anstand und Sitte“. Im schönsten „Sauerdenton“ pflegt in den Kontrollversammlungen von vollstehenden Offizieren die rechnerische Sozialistenvermichtung betrieben zu werden. „Kote Lumpen“ hieß letzter Tage der Oberleutnant Palking aus Torgau in einer Kontrollversammlung die Arbeiterklasse von Vochwitz, weil die meisten der Vochwitzer Arbeiter ihre Klassenlage erkannt und sich der Sozialdemokratie angeschlossen haben. Der biedere Herr sprach dann noch weiter:

„Die Vochwitzer Kojungen, die euch aufwiegen, haben nichts vor sich gebracht, sie haben nichts zu verlieren. Meider den Umstürzler Vochwitz, ihr macht auf mich einen guten Eindruck, es ist aber eine Schande, daß diese Gegend durch die Vochwitzer Umstürzler so verderben wird. Stüht euch vor Vochwitz!“

Der Rittmeister Muschisch, der bei einer Kontrollversammlung in ähnlicher Weise sich über unsere Genossen Reichstagsabgeordneten Franke-Wannheim äußerte, wurde aus der Armee entfernt, wegen fortschreitender Verblödung. Diese Krankheit scheint unter den Sozialistenorten sehr an Ausdehnung zu gewinnen.

Die deutsche Sozialdemokratie und der Antimilitarismus. Ein Berichterstatter des Pariser „Matin“ hat den Genossen Bebel über seine Stellung zur antimilitaristischen Agitation Hervé in Frankreich interviewt. Bebel lehnte zuerst jede Antwort ab, da seine Meinungen zu oft entstellt worden seien, ließ sich aber doch auf ein Gespräch ein, als der Journalist ihn überzeugt hatte, daß seine Ansicht von Bedeutung für die ganze Partei sei. Zunächst las der bittere Interviewer dem Genossen Bebel einige Auszüge aus Hervéschen Plakaten und Reden vor und erhielt abschließend und Lachen zur Antwort. Abschließend sagte Bebel: „Es erscheint mir ganz überflüssig, im einzelnen auf alle diese Äußerungen von Hervé zu erwidern. Aber kommen Sie etwas später wieder; ich werde Ihnen meine Antwort geben, die ich mit meinen politischen Freunden vereinbaren werde.“ Der „Matin“ erzählt dann weiter: Herr Bebel verschwindet im Sitzungssaal — denn im Reichstag hatte ich ihn aufgesucht — und an seinem Platz, umgeben von Herrn Singer, Herrn Ledebour und einigen anderen Fraktionsmitgliedern, verfaßte er folgende Erklärung, die er mir dann übergab: Die antimilitaristischen Ideen und die antimilitaristische Agitation von Hervé sind in der deutschen Sozialdemokratie unmöglich. Die deutsche Sozialdemokratie ist die erklärte Feindin des gegenwärtigen Militärsystems, aber sie ist der Ansicht, daß eine militärische Organisation in den jetzt bestehenden Staaten so lange notwendig ist, als alle zivilisierten Nationen nicht Vereinbarungen und Einrichtungen getroffen haben werden, die ein für alle mal die Kriege unmöglich machen. So lange die Gefahr besteht und Kriege möglich sind, muß jede Nation eine militärische Organisation besitzen, die genügt, um einem Angriffskrieg zu widerstehen und das eigene Land gegen den Einfall des Feindes zu verteidigen. Wenn die deutsche Sozialdemokratie auch alle ehrlichen Versuche unternimmt, die bezwecken, den Krieg zu vermeiden und den Frieden zu sichern, wie zum Beispiel die Organisation internationaler Schiedsgerichte für die Regelung der Konflikte zwischen den verschiedenen Staaten, so betrachtet sie doch eine militärische Organisation für unbedingte notwendig, so lange noch die Gefahr eines Krieges besteht. Aus diesem Grunde fordert die deutsche Sozialdemokratie in ihrem Programm: 1) die Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, 2) die Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Wenn infolgedessen ein Mitglied der deutschen Sozialdemokratie Auffassungen und Forderungen verbreiten würde, die den von Hervé verteidigten entsprechen, so wäre man auf Grund des Parteiprogramms berechtigt, die Frage zu stellen: Gehört dieses Mitglied noch der Partei an? Die Partei kann keine Agitation zugeben, die direkt ihrem Programm entgegensteht, die der Partei den schwersten Schaden zufügt und deren Forderungen in dem gegenwärtigen Zustande undurchführbar sind, weil sie den Interessen unseres eigenen Landes zuwiderlaufen. — Genosse Bebel hätte zweifellos besser getan, wenn er das Interview überhaupt abgelehnt und keine Antwort gegeben hätte.

Hoffnung auf die Eringung von Landtags-Mandaten haben die Berliner Genossen. Auf der ersten Delegierten-Versammlung des Wahlvereins Groß-Berlin sagte der Vorsitzende, Genosse Ernst, nach einer Betrachtung über die letzte Berliner Ersatzwahl zum Abgeordnetenhaus: „Sicher werden wir, wenn die Neueinteilung der Landtagswahlkreise erfolgt ist, einige Landtagsabgeordnete in Berlin durchbringen.“ Da diese Neueinteilung für Berlin ohne Frage ist, dürfte sich die Hoffnung des Genossen Ernst im Herbst des Jahres 1908 erfüllen.

Die Polizei kann alles machen. In Gelsenkirchen wurde am letzten Sonnabend Vormittag unser Genosse J. von seiner Arbeitsstelle geholt, um sich einer Hausung nach revolutionären Schriften zu unterziehen. Zwei Kriminalbeamte hatten jedoch schon in Abwesenheit des Genossen die Sachen und Koffer durchsucht und auch einige revolutionäre Schriften gefunden und konfisziert. Als die Hausung beendet, die Polizei im Besitze der staatsgefährlichen Schriften war — leider gibt unser Gewährungsmann nicht an, um welche Schriften es sich handelt — wurde der „Verbrecher“ zwangsweise photographiert. Alles Protokoll war halb nichts, erst als die Kriminalphotographie fertig war, konnte der Sünder nach seiner Arbeit zurückkehren. Wir leben im Staate mit den weitgehendsten — Rechtsgarantien.

Eine Anzeigende. Herr Damaschke veröffentlichte kürzlich in seinen Blättern, „Die Bodenreform“, eine persönliche Erinnerung an Auer, die als „kennzeichnend“ für den Verstorbenen von den meisten bürgerlichen Blättern, auch von den „Lüb. Anz.“ wiedererzählt worden ist. Danach soll Auer verzweifelte Anstrengungen gemacht haben, Herrn Damaschke für die Sozialdemokratie zu gewinnen, und dabei erklärt haben, „kein vernünftiger Mensch“ denke an eine Zentralisation der Produktion und Konsumtion, worauf er von dem bekannten sozialdemokratischen Theoretiker Dr. Konrad Schmidt korrigiert worden sei. Das Resultat war natürlich, daß Herr Damaschke der bürgerlichen Gesellschaft erpalten blieb. Dieses Hinstören klingt für den, der die in Betracht kommenden Personen kennt, so aufreizend unwahrscheinlich, daß sich Berliner Genossen bei Genosse Dr. Konrad Schmidt nach dem Pergang der Sache erkundigten. Das Resultat entspricht den Erwartungen. Dr. Schmidt hat niemals mit Auer und Damaschke ein solches Gespräch zu dritt geführt; er erinnert sich nur, einmal mit beiden in einer größeren Gesellschaft zusammen gewesen zu sein, in der über verschiedene politische Fragen diskutiert wurde. Daß Auer dabei einen Versuch gemacht hätte, Herrn

Damaschke für die Partei zu gewinnen, ist weder von ihm noch von anderen Teilnehmern der Gesellschaft bemerkt worden. Das Geschichtchen, aus dem hervorgeht, soll, eine wie glänzende Erwerbung Herr Damaschke für jede Partei wäre, ist allerdings „kennzeichnend“ aber nur für Herrn Damaschke, beiseite aber nicht für den gründlichen Menschenkenner Auer.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten.“

Berlin, den 4. Mai 1907.

46. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dernburg.

Die zweite Lesung des Reichskolonialamts wird fortgesetzt.

Im Kapitel Militärverwaltung wird an Stelle des gestrichenen Generalmajors auf Antrag Wiemer (Fp.), mit dem Kolonialdirektor Dernburg sich einverstanden erklärt, ein Regimentskommandeur bewilligt.

Als Beitrag zu den Unterhaltungskosten für die Kolonialschule in Wickenhausen und Hünfeld werden 20 000 Mk. gefordert.

Die Kommission beantragt Bewilligung der Summe, aber statt in Hünfeld „in Engelport“ zu setzen.

Dr. Abt (Fp.) und Gen. beantragen, die Worte „in Hünfeld“ resp. „in Engelport“ zu streichen und den Posten auf 10 000 Mk. zu ermäßigen.

Dr. Dohren (Fp.) befragt den Antrag Abt. Das Reich habe keine Veranlassung, konfessionelle Anstalten zu unterstützen.

Dr. Arendt (Fp.) bittet, den Posten nicht zu streichen.

Lattmann (Wp.) beantragt, die Regierung zu eruchen, in den nächsten Etat je einen Posten von 10 000 Mk. zur Unterstützung für die protestantische rheinische Mission und für die katholische Mission der Oblaten einzusetzen.

Kolonialdirektor Dernburg bekämpft die eingebrachten Abänderungsanträge.

Dr. Spahn (F.) empfiehlt den Zuschuß an die Schule in Engelport.

Dr. Arning (Wp.) erklärt sich für den Zuschuß an die Hünfelder Anstalt.

Storz (Sdb.) Dieser Posten ist nur durch die Machtstellung des Zentrums in den Etat hineingelangt. (Das Zentrum ruft Psi!)

Präsident Graf Stolberg untersagt solches.

Fehr v. Richthofen-Damsdorf (R.) ist für Bewilligung. (Bravo! rechts und i. Zentr.)

Der Kommissionsantrag wird durch die Stimmen der Konfessionen, des Zentrums, der Polen, eines Teils der Antisemiten, Bassermanns und einiger anderer Nationalliberalen angenommen. Das Resultat bleibt erst zweifelhaft und die Abstimmung mußte daher wiederholt werden.

Der Rest des Etats wird debattelos bewilligt. Es folgt der Etat für Deutsch-Ostafrika.

v. Liebert (Fp.): Die Militärlasten für die Kolonien müssen vom Reiche übernommen werden. — Durch seine weite Ausdehnung ist Deutschostafrika am besten vor einem feindlichen Angriff geschützt, zumal wenn das Eisenbahnetz ausgebaut wird.

Kolonialdirektor Dernburg: Die Militärlasten und die aus dem Erwerb der Kolonien selbst stammenden Lasten sind allerdings nicht von den Kolonien zu tragen, sondern vom Reiche.

Schwarze-Lippstadt (F.) verlangt, daß man verheiratete Beamte in die Kolonien sende, welche ihre Frauen mitnehmen, und nicht ihre Cousins.

Dr. Arendt (Fp.) spricht über Eisenbahnen, Salzsteuer, Christentum und Islam in Ostafrika.

Sommer (Fp.) verbreitet sich über das Schulwesen in den Kolonien.

Der Etat wird bewilligt. Es folgt der Etat für Kamerun.

Bebel (Sd.): Der Kolonialdirektor ist gestern auf den Fall Dominik zurückgekommen. Gegen Dominik waren die schwersten Beschuldigungen erhoben worden, unter denen die schwerste die war, daß er bei den Nachtigallfällen 52 Negerkinder in Körben in den Strom habe werfen lassen. Ich gebe nun zu, daß diese Vorwürfe nicht haben erhärtet werden können und stelle dies hier ausdrücklich fest. Wohl aber möchte ich mich gegen die Auffassung des Kolonialdirektors wenden, als ob Herr Dominik so englosig sei, daß von vornherein solche Beschuldigungen keinen Glauben hätten finden dürfen. Aus einer Unterhaltung, die der Bezirksamtmann Keudel mit unseren früheren oder jetzigen Kollegen Schhart, Noke, Lipinski und Schöpflin bei einer zufälligen Begegnung gehabt hat, ergibt sich, daß Herr Keudel ebenfalls an die Beschuldigung geglaubt hat. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten. Widerdruck rechts.)

Wenigstens hat er in jener Unterredung dem Herrn Dominik den Vorwurf fahrlässigen Gemährenlassens gemacht. Er habe der Grausamkeit seiner eingeborenen Krieger, die den betreffenden, allerdings aus Menschenfleisch bestehenden Stamm ausröten wollten, die Zügel schießen lassen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Jedenfalls müssen der Bezirksamtmann und die betreffenden Abgeordneten gerichtlich vernommen werden. Ich weise ferner auf das äußerst korrekte Schreiben des Reichskanzlers vom Juli 1905 hin, in welchem Dominik nachdrücklich aufgefordert wurde, nicht Kriegsgerätschaften zu dulden oder zu üben, die mit den Gepflogenheiten der zivilisierten Nationen in Widerspruch stehen. Ich habe mich auf einen Brief gestützt, bin aber jetzt zu dem Erkenntnis gelangt, daß die Angabe dieses Briefes, Dominik habe den Befehl zur Erhaltung der Kinder gegeben, nicht erwiesen werden konnte, unwarhaftig. (Lebh. Ruf rechts. Hört, hört!) Ich habe ausdrücklich erklärt, daß nur eine sachgemäße strenge Untersuchung den Tatbestand feststellen könne und habe durchaus nicht behauptet, daß ich von den Dingen überzeugt sei. Gelogen wird übrigens überall und Sie (nach rechts) brauchen sich nicht darüber zu entrüsten, daß in den Kolonien gelogen wird. Meine Freunde und ich sind so niederträchtig und infam verleumdet worden, daß uns wahrhaftig die Entrüstung über einen uns untergelassenen, aber dann berichtigten Irrtum etwas sonderbar vorkommt. Jahrelang ist der von mir vorgebrachte Vorfall überall erzählt worden und es wäre die Aufgabe der Kolonialverwaltung gewesen, längst auf die Sache ihre Aufmerksamkeit zu richten. (Bravo! b. den Soz.)

Stellvertreter Kolonialdirektor Dernburg: Bebel hätte zum mindesten keinen Namen nennen dürfen. (Lebh. Beifall beim Block.) Der Fall Dominik ist als Tatsache von einem sozialdemokratischen Flugblatt behauptet worden, welches in Millionen von Exemplaren verbreitet worden ist. (Lofende Rufe: Hört! Hört! beim Block, Müller-Meinigen schreit laut und gestikuliert heftig.) Ich ließ dar aufhin 10 sozialdemokratische Redakteure anfragen und sie sind zu Selbststrafen verurteilt worden. (Beifallsgebrüll beim Block.) Der Abg. Bebel ist zum mindesten außerordentlich unvorsichtig mit der Ehre anständigen

Mannes umgegangen. (Der Block schreit unter Führung der Abg. v. Oldenburg und Müller-Meinigen minutenlang Bravo!)

Abg. Bebel (Soz.): Gegenüber den Lobeshymnen, die der Kolonialdirektor dem Hauptmann Dominik gesendet hat, verweise ich nochmals auf den Rüssel, den der Reichskanzler dem genannten Herrn erteilt hat. Ich gebe zu, daß sich nach einer Richtung hin die Sache zu Gunsten Dominiks aufgeklärt hat und ich habe dies hier offen erklärt. Ich muß also den Vorwurf zurückweisen, irgendwie unrichtig gehandelt zu haben. (Beifall b. d. Soz.)

Lebedour (Soz.) (Mit großer Unruhe rechts) empfangen: Wir bitten uns aus, daß Sie uns anhören, wie wir Sie angehört haben. Mehrere der neu eingetretenen Herren scheinen den parlamentarischen Befähigungsnachweis durch Unterbrechungen gegen uns erbringen zu wollen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wir werden aber trotz Ihres unfairen Benehmens sagen, was notwendig ist. Im Falle der Alvaleute ist erwiesen, daß der Oberrichter Meier in einer Sache, die ihn betraf, in einem Verfahren wider andere wider besseres Wissen eine unrichtige Aussage gemacht hat. Danach ist er zu einem richterlichen Amt unfähig. Trotzdem die Kolonialverwaltung das weiß — er ist deshalb ja auch in eine Ordnungstrafe in Höhe eines Monatsgehalts genommen worden — hat sie ihm wieder richterliche Funktionen übertragen. Auch die Wiederverwendung des Herrn von Puttkamer, der nach Zeitungsnachrichten wieder nach Kamerun gefandt werden soll, steht auf demselben Blatt. Das ist es, was ich der Kolonialverwaltung zum Vorwurf mache. Weber Herr von Puttkamer noch Herrn Meier mache ich den geschlechtlichen Verkehr mit den schwarzen Mädchen zum Vorwurf (Lachen rechts) darin läge ein großes Stück Heuchelei. Um diesem „Abelstand“, wie Sie es nennen, die Spitze abzubrechen, ist hier der Vorschlag gemacht, nur verheiratete Beamte in die Tropen zu schicken. Aber solche finden sich nicht in genügender Zahl, auch leiden die weißen Frauen unter dem Tropenklima noch mehr, als die Männer, besonders, wenn sie in gewisse Zustände kommen. (Wiederndes Gelächter rechts.) Entweder behandeln Sie solche Sachen als Lächerlichkeit oder Sie heucheln Moral. (Lachen und Unruhe rechts.)

Vizepräsident Kämpf: Es ist parlamentarisch unzulässig, einem Teil des Hauses zuzurufen: evtl. heucheln Sie Moral. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Lebedour (fortfahrend): Sie scheuen sich eben, den wirklichen Ursachen ins Gesicht zu sehen. (Lachen rechts.) Ihr albernes Gelächter.

Vizepräsident Kämpf: Ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung und mache Sie auf die Folgen eines weiteren Ordnungsrufes aufmerksam.

Lebedour: Es ist charakteristisch, daß so etwas immer bei liberalen Präsidenten passiert.

Vizepräsident Kämpf: Es entspricht der Würde des Präsidenten nicht, einen solchen Vorwurf von Ihnen entgegenzunehmen; ich rufe Sie zum drittenmal zur Ordnung und frage, ob das Haus dem Abg. Ledebour das Wort entziehen will oder nicht. (Rufe i. Zentr. Nein, nein.) Ich bitte diejenigen Herren, welche dem Abg. Ledebour das Wort entziehen wollen, sich zu erheben.

Die Rechte, ein Teil der Nationalliberalen und der Liberalen erhebt sich, ein Teil der Liberalen, darunter Neumann, Neumann-Hofer, Sommer bleiben sitzen, die süddeutsche Volkspartei unter Führung des Abg. Storz bleibt zunächst sitzen, ein Teil erhebt sich dann zögernd.

Vizepräsident Kämpf: Das ist die Minderheit. (Gr. Heiterkeit bei den Soz. und im Zentrum. Große Bewegung und Gruppenbildung. Freisinnige Abgeordnete machen Neumann, Neumann-Hofer und anderen, die sitzen blieben, heftige Vorwürfe.)

Vizepräsident Kämpf: Der Abg. Ledebour hat das Wort.

Lebedour (Sd., fortfahrend): Wenn wir hier Mißstände vorbringen, so liegt das durchaus im Interesse des Deutschen Reichs und der Kolonialverwaltung. (Bravo! bei den Soz.)

Kolonialdirektor Dernburg hält seine gestrigen Ausführungen in bezug auf den Fall Meier aufrecht. Die falsche Aussage des Meier stehe in keinem Zusammenhang mit der Beurteilung der Alvaleute.

v. Oldenburg (R.): Der Gouverneur ist nur so heftig verfolgt worden, weil er der Sohn eines der besten Minister ist, die Preußen gehabt hat und der gerade deshalb von der Sozialdemokratie so gehaßt wird. (Stürmische Unterbrechungen links.) Die Verfehlungen von Beamten sollen gelöhnt werden, aber das kann geschehen ohne einen solchen Hegenabbatt der niedrigsten Parteilichkeit und Heuchelei. (Gr. Beifall rechts, Unruhe b. d. Soz.)

Es läuft ein Verlegungsantrag ein.

Dr. Wiemer (Fp.): Ich bezweifle die Beschlussfähigkeit des Hauses. Nur bei einem beschlussfähigen Hause war der Vorgang möglich, der sich vorhin bei den Ordnungsrufen gegen den Abgeordneten Ledebour ereignete. (Bewegung.)

Vizepräsident Kämpf: Das Bureau schließt sich diesem Zwischenfall an und wir müssen unsere Verhandlungen abbrechen.

Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Aus dem Gerichtssaal.

Das Schwurgericht in Halle verurteilte den 19-jährigen Tischler Wlppert, der seine eigene Mutter ermordete und beraubte, zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe.

Ein Klassenurteil vom Reichsgericht bestätigt. Wegen Beleidigung der Unteroffiziere der preussischen Armee ist am 8. Januar vom Landgerichte in Halle a. S. der Kaufmann Johannes Sanow zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte im September v. J. im „Volksblatt für Halle“ ein Feuilleton „Kulturbilder aus dem Soldatenleben“ veröffentlicht, in welchem ohne Angabe von Personen, Zeit und Ort Brutalitäten erzählt werden, denen die Rekruten ausgesetzt seien. Der preussische Kriegsminister war der Ansicht, daß durch den Artikel sämtliche Unteroffiziere des Heeres beleidigt seien, und stellte Strafantrag. Der Angeklagte behauptete in der Verhandlung, er habe eigene Erfahrungen in die Form einer Novelle gebracht; seine Erfahrungen habe er beim ersten Garderegiment z. F. gesammelt. Er sei von dem Augenblick an schlecht behandelt worden, als es bekannt wurde, daß sein Vater Verleger eines sozialdemokratischen Blattes sei. Er sei mit der Klopffetische mißhandelt worden usw. Den von ihm angebotenen Beweis der Wahrheit hielt das Gericht für unzulässig, da § 185 anzuwenden sei. Dann wurde im Urteile dargelegt, daß die Tendenz des „Volksblattes“ eine antimilitaristische sei und daß der Artikel die Ziele des Blattes unterstütze. — Die Revision des Angeklagten, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Gwald, rügte Verurteilung der §§ 185 und 186. Der Rechtsanwalt vermieß darauf, daß es sich im Urteile nicht um Tatsachen in dem Artikel handele, daß also § 185 mit Recht angewendet sei. — Das Reichsgericht erkannte auf Verwerfung der Revision.

Wenn Du aber gar nichts hast, Lump, dann laß dich befragen. — An unserem Wandsbarger Karteblatt seien mir: Einen mitleidigen Publikum gewährte bei der geistlichen Schöffengerichtsverhandlung in Rathenow eine menschliche Kammergefalt, die, gestiftet auf einen Kräftigen, mit äußerster Anstrengung in den Schöffensaal humpelte und dann auf der Anklagebank Platz nahm. Es war der 17. Jahre alte „Arbeiter“ W. aus Wesslin, der des Diebstahls von 22 Mk. beschuldigt war. Er hatte den Betrag einem anderen Arbeiter desselben Dorfes aus dessen unverschlossenen Stube, wo das Geld offen lag, fortgenommen. Der Angeklagte gestand seine Tat unter Tränen ein. Er habe das Geld genommen, um sich Essen zu kaufen, sei infolge einer nicht ausgeheilten Mäseerkrankung gelähmt und außer Stande, zu arbeiten und etwas zu verdienen. Krankenunterstützung bekomme er nicht, da er einer Krankenkasse nicht angehört. Seine Mutter, mit der er zusammenwohnt, bekomme zu ihrem beiderseitigen Unterhalte von der Güterverwaltung 2 Mk. die Woche! In Rücksicht auf das offene Geständnis und seine Notlage, die vom Gericht anerkannt wird, kommt der Angeklagte mit einem Verweise davon. Die Güterverwaltung, die den unglücklichen Menschen zum Stehlen zwang dadurch, daß sie ihm nicht die notwendigen Mittel zur Fristung seines Daseins gewährte, geht natürlich in jedem Falle strafflos aus.

Aus Nah und Fern.

Die Preisfälle der Satten und Zahlungsfähigen höhnen darüber, daß in Strehla (Sachsen) zwei „bekannte Genossen“ beim Kartoffeldiebstahl betroffen worden sind. Das dortige Amtsblatt berichtet darüber: „Die Kartoffeln waren aus einer Feime von Oppitzschen Rittergutsfür gestohlen worden. Die ertappten Diebe waren der Schlosser Bruno Kluge und der Schlosser Voigt von Strehla. Es wurde ferner ermittelt, daß beide wiederholt Kartoffeln gestohlen haben. Mit der Bekanntgabe dieser Tatsachen würde es in einem anderen Falle sein Bewenden haben. Hier liegt die Sache jedoch anders, sie zieht weitere Kreise und deshalb muß etwas näher auf dieselbe eingegangen werden. Der eine der ertappten Diebe, Schlosser Bruno Kluge, ist Mitglied des Stadtgemeinderats zu Strehla, und weiter ist er der von der sozialdemokratischen Parteileitung anerkannte Vertrauensmann und Führer der Sozialdemokraten von Strehla und Umgegend. Der Schlosser Voigt ist ebenfalls eine Art Obergenosse. Die Frau desselben bereitet sich viel und gern an sozialdemokratischen Versammlungen, sie sprach auch oft in denselben als eifrige Genossin. Vor kurzem erst beklagte sie sich darüber, daß bei den teuren Nahrungsmittelpreisen die Portionen für die Kinder immer kleiner ausfallen müßten, damals war jedenfalls die billige Kartoffelquelle noch nicht erschlossen; böse Zungen bezeichneten Frau Voigt infolge ihrer auswendig heragelegten Portionsrede als die „Portions-Boigtin“. Der Schlosser Kluge hat sein Amt als Stadtverordneter bereits niedergelegt, es ist dies wenigstens aus der Tagesordnung der morgen, Dienstag, stattfindenden öffentlichen Sitzung des Stadtgemeinderats ersichtlich.“ — Dazu schreibt die „Leipz. Volksztg.“: Die angeführten Personenangaben sind richtig. Die Schädensache aber, die aus der Parteilichkeit über den Fall hervorgehoben wird, ist nicht die Hauptsache, sondern die Verhältnisse, während aber hier die Dabgier und ähnliche Leidenschaften, ist dort im allgemeinen die Not die Triebfeder zu solchen Vergehen. So groß aber auch in der besprochenen Klasse Vergehen gegen das Palladium des bürgerlich christlichen Staates, das Eigentum, aus Niet sind, so selten werden derartige Vergehen von bewußten Sozialdemokraten verübt. Aber Not kennt kein Gebot! Vom Genossen Kluge wissen wir, daß er mit großer Familie in den ärmsten Verhältnissen lebe; und ebenso liegen die Dinge in der Familie Voigt, deshalb konnte Frau Voigt in Versammlungen so eindrucksvoll über die schwere Not der Zeit klagen. Bei den teuren Lebensmittel wurden eben die Portionen für die Kinder immer kleiner.“ So griffen sie zur Selbsthilfe. Vom Parteistandpunkte vermögen wir die Handlungsweise unserer Genossen nur so wenig entschuldigen, als sie sich als bewußte Sozialdemokraten über die Folgen ihres Tuns klar sein mußten. Vom menschlichen Standpunkte dagegen liegen die Dinge außerordentlich einfach und erklären sich leicht aus den Verhältnissen. Für diese aber ist die bürgerliche Gesellschaft verantwortlich.

Aus der Ferienstation. Aus Furcht vor Verstrafung machte der Herr W. Thoms von der Leibschwadron des Regiments Gardes du Corps in Potsdam vor einigen Tagen seinem jungen Leben ein Ende. Th. sollte sich eine Drilljacke widerrechtlich angeeignet haben, doch war noch gar keine Anzeige erstattet.

Mord. Der 34jährige verheiratete Steuermann August Gratmann wurde in Magdeburg auf seinem Kahn mit durchschnittenen Kehle ermordet und betäubt vorgefunden. Als mutmaßlicher Täter wurde ein Bootsmann des Kahnes verhaftet. Der Kahn gehört einer Hamburger Firma.

Fünf Personen erstickt. Auf der Kaligrube Haldungen II erfolgte im Schacht eine Pulverexplosion, wobei fünf Personen durch die entstandenen Pulvergase den Erstickungstod fanden.

Explosion eines Pulvermagazins. In Kanton explodierte ein Pulvermagazin. 21 Leichen sind bis jetzt gefunden worden. Die Zahl der Verletzten ist etwa hundert. 15 Gebäude sind vollständig zerstört, über 100 Gebäude ernstlich beschädigt. Die historische fünfstöckige Bagade ist ebenfalls leicht beschädigt. Ein großes Stück der Stadtmauer ist zerstört. Die Explosion ist anscheinend durch eine Unvorsichtigkeit des diensthabenden Offiziers hervorgerufen worden, denn man hat seine Leiche mit einer Tabakspfeife in der Hand gefunden. Nach neueren Meldungen beträgt die Zahl der bei der Explosion Verletzten Personen mehr als hundert.

Stützen der Gesellschaft. Aus Lissabon wird gemeldet: Gegen drei spanische Kaufleute, die beschuldigt werden, in der Nacht zum 10. April ein Haus in der Magdalenenstraße in Brand gesetzt zu haben, um die Versicherungssumme einzuziehen, ist jetzt Anklage erhoben worden. Das Großfeuer hatte, wie immerlich, 15 Personen das Leben gekostet.

Der Stromboli in Tätigkeit. Wie das Observatorium in Catania mitteilt, geht aus dem Stomboli ein Aschenregen in Unterbrechungen, verbunden mit dumpfen, großen Geräuschen nieder. Ein starkes Lavaström fließt den Nordabhang des Vulkans, dessen außergewöhnliche eruptive Tätigkeit fortwähret, hinab. Die Bevölkerung verhält sich ruhig. Über dem Aetna sind die gewöhnlichen Rauchwolken bemerkbar.

Die Handwerksburschen in der Räucherammer. Auf einen kuriosen Einfall, so schreibt der „Volksfreund“, der nur allzu leicht zwei Menschen hätte das Leben kosten können, kam die geistesgestörte Frau des Rechnungsrats a. D. L. in Gese (Weißfalten). Zu 2.8 kamen eines Tages, als die Frau allein zu Hause anwesend war, zwei reisende Handwerksburschen und hielten um ein Almosen an. Die Frau L., die bisher wohl ein gestörtes Wesen zur Schau getragen hatte, aber bei der die Geistesgestörtheit noch nicht derart zu Tage getreten war, daß sie sich selbst und anderen Personen hätte gefährlich werden können, meinte, sie sollten mal erst etwas arbeiten und dann wollte sie ihnen ein Almosen geben. Hiermit waren die beiden gerne einverstanden. Als sie nun die ihnen zugewiesene Arbeit erledigt hatten, bewirtete die Frau L. sie in gekosteter Weise. Nachdem die Handwerksburschen die Mahlzeit eingenommen hatten, und sich anschickten, weiterzugehen, bat die Frau L. sie, mit ihr nach oben zu gehen, sie habe ihnen dort etwas Schönes zu zeigen. Die beiden, neugierig, in Erwartung der Dinge, die sie da zu sehen bekommen sollten, folgten der Frau bereitwillig. Oben angelangt, öffnete Frau L. die Tür, die zu der Fleischkammer (Räucherammer) führt und sagte zu den Handwerksburschen sie sollten hier nur eintreten. Gefragt, getan. Wie die beiden eben die Räucherammer betreten hatten, schloß die geistesgestörte Frau die Tür hinter ihnen ab, so daß die beiden Proletarier der Landstraße jetzt im wahren Sinne des Wortes in einer dunklen Gefängniszelle eingesperrt waren. Ein Entkommen war ihnen unmöglich. Hiermit jedoch noch nicht genug. Nachdem die Frau L. die beiden Handwerksburschen eingesperrt hatte, fing sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Räuchermaterialien an zu räuchern, so daß die Räucherammer bald mit Rauch stark angefüllt war und die Bedauernswerten sozusagen bei lebendigem Leibe geräuchert worden wären, wenn nicht Hilfe eingetroffen wäre. Die Kernten schrien, da der Räucherboden sich derart mit Rauch anfüllte, daß ihnen der Atem genommen wurde, aus Leibeskräften um Hilfe und stampften vor Verzweiflung an den Wänden und der Tür herum. Zum Glück hatten in der Nähe sich befindende Personen die Hilferufe gehört, die alsdann, nichts Gutes ahnend, in die Wohnung drangen und die Bedauernswerten aus ihrer gefährlichen Lage befreiten.

Die Beschreibung eines preussischen Schulpatates bringt nachfolgendes, jedenfalls nicht von einem Sozialdemokraten verfaßtes „Eingekand“, das in den Briggwaller Zeitungen veröffentlicht wird: „Am Sonntag, den 7. April, wurde im Schulzimmer zu L. die Decke, die schon seit längerer Zeit herabzuhängen drohte, gestürzt. Die Stütze ist eine Kiefernleiste von 10–15 Zentimeter im Durchmesser, notdürftig behauen und recht harzig. Unter der Stütze liegt eine vierreihige, etwa 1 1/2 Meter lange Schwelle, die lange Jahre als Pfosten in einem Bretterzaun gedient haben muß, denn sie ist an der Oberfläche schon verfault und zernagt. Die Schwelle liegt mitten im Schulzimmer und bildet eine rechte Gefahr für die Schulkinder, die fortwährend darüber stolpern und auch stürzen können. Die in der Mitte des Zimmers aufragende Stütze aber bildet für den Unterricht ein großes Hindernis, weil sie fortwährend am Schen behindert. Solche Schwelle und Stütze gehören wohl in einen Stall, aber nicht in ein Schulzimmer. Man hat es aber nicht für nötig gehalten, für eine geeignete Sicherung der Decke Sorge zu tragen. Von der Decke ist an verschiedenen Stellen Kalk und Lehm abgefallen und jetzt noch fallen manchmal Kalk und Lehm herab auf Tische, Bänke, auf die Schüler, auf die Bücher und Schulhefte. Das ganze Schulzimmer befindet sich in einem unglaublichen Zustand. In einem unglaublich verwahrlosten und vernachlässigten Zustand befindet sich überhaupt das ganze Schulgebäude, so daß es oftmals die Bewunderung und das Staunen der Freunde erregt und zu der schärfsten Beurteilung und Verurteilung Anlaß gibt. Trotzdem gibt es in L. und Umgegend noch einige Leute, die das Schulhaus für vollständig gut genug halten; so hat erst vor zwei Jahren jemand erklärt: „Wenn dem Lehrer das Haus nicht gut genug ist, dann kann er ja wegziehen.“ Und ein Genossengenosse erklärte zu derselben Zeit: „Wenn das Schulhaus gebaut werden soll, dann müssen viele Schulhäuser gebaut werden, das Schulhaus steht noch lange.“ Und darum waren die Verhandlungen über einen Neubau schon vom Frühjahr 1899 bis jetzt. — Deshalb der Name des Ortes, der dieses Musterschulhaus sein eigen nennt, nur mit Anfangsbuchstaben angebeutet wird, ist unverständlich. Ist vielleicht ein hochheudaler Herr dort Schulpatron, den die Briggwaller Zeitungen nicht bloßstellen wollen?

Glück muß der Mensch haben! Aus dem nieder-rheinischen Städtchen Emmerich wird der „Kölnischen Zeitung“ berichtet: „Vor vier Jahren wurde der Buchdruckereibesitzer Leopold Roman von hier von der Strafkammer in Duisburg wegen verleumderischer Beleidigung des hiesigen Bürgermeisters Menzel durch das hier erscheinende „Bürgerblatt“, dessen Verleger R. damals war, zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr verurteilt. Nun ist diese Strafe, deren Aufschub bis jetzt erwirkt worden war, in Festungshaft umgewandelt worden.“ In einer späteren Notiz berichtete sich die „Köln. Ztg.“ dahin, daß die Verstrafung nicht wegen verleumderischer, sondern wegen einfacher Beleidigung erfolgt sei. Die politische Bedeutung dieser Vergnabigung wird durch diese Korrektur kaum herabgemindert. Leopold Roman ist ein Bruder des durch fabelhafte Strebsamkeit heute schon zum Wirklichen Geheimen Kriegsrat aufgerückten Juristen Dr. Antonius Maria Roman. Die schneidende Sozialistenbekämpfung des Herrn Roman in seiner Hamburger staatsanwaltshaftlichen Zeit, mo er es fertig brachte, jeden Sozialdemokraten für meinedisfähig zu erklären, ist den Lesern noch in Erinnerung. Der Emmericher Bruder des jetzigen Wirklichen Geheimen Kriegsrats wurde, wie oben erwähnt, vor vier Jahren wegen Beleidigung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Schon die Höhe der Strafe — der Mann ist kein Sozialdemokrat! — läßt erkennen, daß es sich um ungewöhnlich schwere Beleidigungen handeln mußte. Tatsächlich handelt es sich um jahrelang betriebene schmählische Verunglimpfungen des Emmericher Bürgermeisters Menzel. Die Duisburger Strafkammer fand diese Beleidigungen in dem in Romanischen Verlag erscheinenden „Bürgerbl.“, als dessen verantwortlicher Redakteur Namens Schwager, Schmitz, zeichnete. Dieser Schmitz erhielt drei Monate Gefängnis und hat sie geduldig abgebußt, obgleich er völlig unschuldig war, denn der wirkliche Verfasser aller beleidigenden Artikel war der Verleger Roman selber. In der Duisburger Verhandlung hat er das zugestehen müssen. Roman spielte in jener Verhandlung überhaupt eine jämmerliche Rolle: er machte nicht einmal einen Versuch, für seine Behauptungen den Wahrheitsbeweis anzutreten, und die wenigen Details, die zur Sprache kamen, bewiesen, daß R. aus kleinlicher Klatschsucht Dinge zur Sprache gebracht hatte, für die auch nicht der Scharten eines Beweises zu erbringen war. Besonders abstoßend jedoch wirkte die Verhandlung dadurch, daß Roman aus dem Familienleben des Bürgermeisters direkt erlogene und widerlich erfundene Szenen geschildert hätte. Merkwürdigerweise hat es Leopold Roman ver-

standen, die Strafvollstreckung oder volle Jahre hindurch aufzusatten, durch welche Mittel, das wissen — die Leser. Und die Verleumdung hat genügt: Roman bleibt vor dem Schöffengericht, ein Jahr Gefängnis abzumüssen und dort etwa sozialdemokratischen Beschäftigten Gesellschaft zu leisten und Wollte zupfen zu müssen; ihm irrt die königliche Gnadenkommission und er möglicherweise, entläßt das entsprechende Gefängnis die ebenso vornehm wie ädels Leistung zu beziehen. Wir sind nicht so boshaft, dem Manne dieses Glück zu misgönnen, wir wünschen aber zugleich, daß außer ihm noch möglichst zahlreiche andere Beschäftigte mit dem gleichen Maße gemessen und gleichfalls vor der infamierenden Gefängnisstrafe bewahrt bleiben möchten. Und da es sehr unwahrscheinlich ist, daß namentlich sozialdemokratische Redakteure ähnlich einflussreiche Mitarbeiter im Justizministerium haben, wie sie offenbar der Bruder des Wirklichen Geheimen Kriegsrats Roman gehabt hat, so wiederholen wir bei dieser Gelegenheit die Forderung nach einer gründlichen Reform der preussischen Bestimmungen und des Strafvollzuges bei Vergehungen. Der Fall Roman wird jedenfalls noch öfter Anlaß zur besseren Begründung dieser Forderung bieten.

Eine gestohlene Eisenbahn. Der seltene Vorfall, daß eine Eisenbahnlinie gestohlen wurde, beschäftigt augenblicklich die in Dublin tagende Eisenbahnkommission. Es handelt sich um eine 20 Kilometer lange Strecke der Great Southern Company. Die betreffende Linie wurde im Jahre 1868 gebaut, aber nach einiger Zeit nicht mehr benutzt, weil sie sich nicht bezahlt machte. Hypothekengläubiger nahmen sie in Besitz, benutzten sie aber ebenfalls nicht. Die Bevölkerung des Distriktes begann die Schienen zu stehlen. Die Behörden, die von den Eigentümern keine Steuern erhalten konnten, konfiszierten ebenfalls Schienen, die sie vergeblich auf Auktionen zu verkaufen versuchten. Schließlich erstehen sogar ein unternehmungslustiger Mann auf der Wildfläche, der einen Hebelkan mitbrachte und eine ganze Eisenbahnbrücke wegschleppen wollte. Dieser Versuch scheiterte aber an dem Widerstande der Polizei und der Bevölkerung. Die Brücke wurde auf diese Weise gerettet, aber von der Eisenbahn ist sonst nichts mehr vorhanden, als der Damm. Die Stationen, die Telegraphenlinie und die Schienen sind verschwunden.

Naturgewalt. Da der Fluß Dniepr über die Ufer getreten ist, haben viele hundert Wohnungen in der Unterstadt Kiew von den Bewohnern geräumt werden müssen. Etwa 250 Familien haben in der Markthalle Unterkunft gefunden. Der Schaden, der hauptsächlich den ärmeren Teil der Bevölkerung getroffen hat, ist beträchtlich. Bei der Station Alexandrowst am Dniepr sind die Gleise der Südbahn überschwemmt worden. Diese war gezwungen, von der Station Alexandrowst die Annahme und Verfrachtung von Gütern einzustellen.

Der preussische Polizeifabel haut auf Gerechte und Ungerechte. Aus Berlin berichtet der „Vorwärts“: In der Mühlenstraße sang und lamentierte in der achten Abendstunde ein schwer betrunkenen Mann, dem ein hinzukommender Schuhmann gebot, sich ruhig zu verhalten und weiterzugehen. Der Betrunkene, der offenbar die Forderung des Beamten nicht begriff, setzte sein Singen fort. Der Schuhmann legte dem Mann einen Handnebel an, den er derartig anzog, daß er sprang. Der Beamte stellte wiederum das Verlangen, daß der Mann ihm folgen solle. Als dies der auf der Erde Sitzende nicht tat, zog der Schuhmann seinen Säbel und schlug den Wehlosen viermal mit der scharfen Schneide über den Kopf. Aus den Wunden strömte das Blut, und der schwer Verletzte sank hintenüber. Dem Schuhmann schien nunmehr die Sache etwas kritisch zu sein, denn er suchte plötzlich das Weite. Das sich in großer Anzahl anfallende Publikum gab seiner Empörung in kräftigen Worten Ausdruck. Es wurde auch eine Verhaftung vorgenommen, aber der Verhaftete war nicht etwa der Schuhmann, der einen betrunkenen Mann in so entsetzlicher Weise verwundet hatte, sondern verhaftet wurde ein Mann aus dem Publikum, dem möglicherweise über die blutige Tat entrüstet war.

Ein Opfer der antisozialdemokratischen Schläffelrei beim Militär. Dem Jülicher Mar Diebel vom 33. Regiment in Gumbinnen war vor einiger Zeit von seinem auswärts wohnenden Bruder ein Paket mit Wirsten zugesandt worden, die in sozialdemokratische Zeitungen eingewickelt worden waren. Als diese Zeitungen später bei Diebel gefunden wurden, wurde er mit Arrest bestraft. Nach Verbüßung der Strafe machte der Soldat seinem Bruder von dem Vorfalle Meldung. Dieser richtete an den kommandierenden General des ersten Armeekorps, v. d. Goltz, eine Beschwerde. Die auf dessen Befehl eingeleitete Untersuchung hatte das Ergebnis, daß gegen den Jülicher Diebel wegen Beleidigung seines Hauptmanns ein militärgerichtliches Verfahren eingeleitet wurde. Er wurde als Untersuchungsgefangener von Gumbinnen nach Insterburg gebracht. (?) Im dortigen Arresthause erkrankte er, so daß er dieser Tage in das Garnisonlazarett geschafft werden mußte. Hier verübte er jetzt Selbstmord, indem er sich erhängte.

Der wiedergefundene Papa. Von einer köstlichen Papageichichte wird von Sena berichtet: Weil sie mit dem Vorname ihres Kindes nicht mehr zufrieden war (er sollte der Mutter gegenüber recht sonderbare Neigungen bekannt haben), stellte eine Frau bei der zuständigen Behörde den Antrag, für einen anderen Vormund Sorge tragen zu wollen. Nach peinlichen Erörterungen wurde dem Ersuchen auch entsprochen. Der neue gesetzliche Vertreter des Kindes wurde in Pflicht genommen und ihm besonders ans Herz gelegt, nach dem Vater seines Mündels eifrig fahnden zu wollen, der sich der Mutter seinerzeit unter falscher Flagge genähert haben sollte. Der neugeborene Vormund versprach, sein bestes Können einsehen zu wollen und besuchte eines Tages die Mutter, um wegen des dunklen Punktes Rücksprache zu nehmen. Dazu soll es nun aber gar nicht gekommen sein. Als der Vormund die Frau erblickte und sich vorstellen wollte, war er plötzlich star wie eine Salzsäule — nicht minder aber auch das Weib, über das es plötzlich wie eine Erleuchtung kam. Der brave Vormund verschwand und teilte seiner vorgesetzten Behörde mit, daß seine Bemühungen wegen Ermittlung des Vaters seines Mündels leider bisher ohne Erfolg geblieben seien. Bald darauf erschien aber auch die Mutter des Kindes und teilte freudestrahelnd mit, daß dessen Vater — der er wäre Vormund sei! Der soll sich seitdem in einer sehr gebieterischen Stimmung befinden, internalen er Familienvater ist.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarg. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Insertate finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des weitausläufigen Volkes weite Verbreitung und genügende Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.